



Nr. 324 | 19.12.2025

## Ukraine-Analysen

### Mobilisierung

<b>ANALYSE</b>	
Spannungsverhältnis zwischen Rechten und Pflichten: Mobilmachung in der Ukraine	2
Yuliia Tsurkalenko (Universität Regensburg und Institut für Ostrecht)	
<b>ANALYSE</b>	
Gefangen zwischen Front und Grenze? Einstellungen zu Mobilisierung und Reisebeschränkungen in der Ukraine nach 2022	7
Yana Lysenko (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)	
<b>DOKUMENTATION</b>	
Statistiken und Fakten zur Mobilisierung	14
<b>UMFRAGEN</b>	
Einstellungen der ukrainischen Bevölkerung zur Mobilisierung	19
<b>ANALYSE</b>	
Wie blicken Soldaten auf den Krieg? Eine Analyse von Interviews mit russischen und ukrainischen Soldaten	22
Jannik Steinwender, Elisha Iannucci-Laqua, Konstantin Drascek (alle Universität Regensburg)	
<b>CHRONIK</b>	
Hinweis auf die Online-Chronik	28

## Spannungsverhältnis zwischen Rechten und Pflichten: Mobilmachung in der Ukraine

Yuliia Tsurkalenko (Universität Regensburg und Institut für Ostrecht)

DOI: 10.31205/UA.324.01

### Zusammenfassung

Dieser Artikel analysiert die Rekrutierung wehrfähiger Männer in der Ukraine im Zuge der Mobilmachung seit der Ausrufung des Kriegsrechts im Februar 2022 und konzentriert sich dabei auf die Rechtmäßigkeit der Mobilisierungsmaßnahmen. Dabei werden die Grenzen zwischen möglichen Menschenrechtsverletzungen und der Nichterfüllung der staatsbürgerlichen Pflicht zur Landesverteidigung erörtert. Dieses Spannungsverhältnis ist für die gesamte europäische Rechtsgemeinschaft relevant, insbesondere im Hinblick auf die Europäische Menschenrechtskonvention. Als Staat im europäischen Rechtsraum steht die Ukraine vor der Aufgabe, verfassungs- und völkerrechtliche Verpflichtungen zum Schutz der Menschenrechte mit den Erfordernissen der Landesverteidigung zu vereinbaren.

### Die Ukraine zwischen Krieg und Rechtsstaatlichkeit

Russland verletzt in seinem Krieg gegen die Ukraine fundamentale Normen des Völkerrechts. Besonders schwerwiegend ist dabei, dass die Russische Föderation mit dem Budapester Memorandum von 1994 völkerrechtlich zugesichert hatte, die territoriale Integrität der Ukraine zu achten. Seit 2014 missachtet Russland diese Verpflichtungen systematisch. Die russische Aggression ist durch zahlreiche Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen geprägt: Morde und sexuelle Gewalt gegen die Zivilbevölkerung, Zerstörung ziviler Infrastruktur, Morde an Kindern und die unrechtmäßige Deportation von Minderjährigen. Russland missachtet nicht nur die Menschenrechte, sondern verstößt auch gegen international anerkannte Regeln der Kriegsführung nach der Genfer Konvention. Die Ukraine befindet sich in einer außerordentlich schwierigen militärischen Lage: Sie muss Widerstand gegen eine militärische Übermacht leisten und gleichzeitig den demokratischen und rechtsstaatlichen Charakter des Staates gemäß den verfassungsrechtlichen Grundlagen und europäischen Werten bewahren. Die Erfahrung der Ukraine zeigt, dass es für Staat und Gesellschaft eine erhebliche Herausforderung darstellt, beide Aufgaben gleichzeitig zu bewältigen. Die Mobilmachung ist in der Ukraine Gegenstand kontroverser Diskussionen. Werden bei der Mobilmachung Bürgerrechte verletzt, oder verfolgt der Staat lediglich seine legitimen Interessen, seine verfassungsrechtliche Pflicht zur Landesverteidigung zu gewährleisten?

### Die Mobilmachung in der ukrainischen Gesetzgebung

Als Reaktion auf die militärische Aggression der Russischen Föderation am 24. Februar 2022 führte die Ukraine den Kriegszustand ein und rief die allgemeine

Mobilmachung aus. Dies sind beides notwendige Maßnahmen, um die staatliche Souveränität und territoriale Integrität des Landes zu wahren. Der Kriegszustand dient der Landesverteidigung, schränkt jedoch vorübergehend einige in der Verfassung garantierte Rechte ein. Die Einschränkungen sind rechtlich genau festgelegt und umfassen das Verbot von Verfassungsänderungen, die Aussetzung von Wahlen und Referenden, die Einschränkung des Streikrechts und des Rechts auf Massenversammlungen, die Beschränkung der Bewegungsfreiheit, die Einschränkung des Eigentumsrechts sowie die Einführung einer Arbeitspflicht. Die allgemeine Mobilmachung konkretisiert hingegen die verfassungsrechtliche Bürgerpflicht zur Landesverteidigung durch den Militärdienst. Ihre Umsetzung, die teilweise mit der Anwendung von Zwangsmaßnahmen verbunden ist, hat gesellschaftliche Diskussionen über das Gleichgewicht zwischen Bürgerpflicht und Menschenrechten ausgelöst.

Die Mobilmachung als Prozess der Einberufung Wehrpflichtiger zum Dienst in einer sich im Krieg befindenden Armee hat tiefe historische Wurzeln. Die theoretischen Grundlagen dieses Konzepts wurden bereits in den Werken von Carl von Clausewitz beschrieben. Obwohl er den Begriff »Mobilmachung« nicht im modernen Sinne verwendete, definierte er die Schlüsselkomponenten des Krieges als »Trinität« von Bevölkerung, Streitkräften und Staatsführung. Die derzeitige Mobilmachung in der Ukraine zeigt eindrucksvoll, wie wichtig es ist, dass die Bevölkerung den Staat bei der Landesverteidigung unterstützt. Während sich im ersten Kriegsjahr viele freiwillig zur Armee gemeldet haben, anstatt auf den Einberufungsbescheid im Zuge der Mobilmachung zu warten, sahen sich die staatlichen Verwaltungsbehörden im dritten und vierten Jahr mit neuen Herausforderungen wie Kriegsdienstverweigerung konfrontiert.

Gemäß dem ukrainischen Gesetz »Über die Mobilisierungsvorbereitung und Mobilmachung« ist Mobilmachung ein Paket zusammenhängender Maßnahmen, die dazu dienen, die Volkswirtschaft, die Tätigkeit der staatlichen Machtorgane, anderer staatlicher Organe, der Organe der kommunalen Selbstverwaltung, der Unternehmen, Einrichtungen und Organisationen auf das Funktionieren unter besonderen Bedingungen sowie die Streitkräfte der Ukraine, andere militärische Formationen und die Zivilschutzeinheiten auf die Organisation und Personalstärke der Kriegszeit umzustellen.

Die verfassungsrechtliche Grundlage für die Heranziehung der Bürger zum Militärdienst in der Ukraine basiert auf einem System miteinander verbundener Normen. So definiert Artikel 17 die Landesverteidigung als wichtigste Funktion des Staates, die in erster Linie den Streitkräften der Ukraine obliegt. Artikel 65 legt den Schutz des Vaterlandes als verfassungsrechtliche Pflicht jedes Bürgers und jeder Bürgerin fest. Diese beiden Artikel bilden somit die Rechtsgrundlage für die verpflichtende Teilnahme an Verteidigungsmaßnahmen durch den Militärdienst.

Das ukrainische Gesetz »Über die Wehrpflicht und den Militärdienst« definiert den Militärdienst als eine Form des Staatsdienstes, dessen Ziel der Schutz der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine ist. Es enthält auch die gesetzlichen Regelungen für die allgemeine Mobilmachung sowie die verpflichtende und freiwillige Einberufung von Bürgern zum Militärdienst. Die verpflichtende Einberufung erfolgt über die Territorialen Zentren für Personalgewinnung und soziale Unterstützung (ukrainisch: Terytorialnyj zentr kompleksuвання ta sozialnoj pidtrymky, abgekürzt TZK ta SP, meist aber nur TZK) und wird durch das ukrainische Gesetz »Über die Mobilisierungsvorbereitung und Mobilmachung« geregelt. Die TZK werden vom ukrainischen Verteidigungsministerium gebildet, aufgelöst oder reorganisiert. Dabei sollen vorrangig Personen mit Kampferfahrung, Reservisten, Reserveoffiziere sowie Absolventen militärischer Hochschulen eingezogen werden. Derzeit unterliegen der Mobilmachung Männer im Alter von 25 bis 60 Jahren sowie Frauen bestimmter militärischer Fachrichtungen, beispielsweise mit medizinischer oder pharmazeutischer Ausbildung. Die militärische Registrierung (Wehrerfassung) ist für Männer im Alter von 18 bis 60 Jahren sowie für Frauen bestimmter militärischer Tätigkeiten obligatorisch.

Die Mobilmachung umfasst die Zustellung von Einberufungsbescheiden, das persönliche Erscheinen bei den TZK, eine umfassende medizinische Untersuchung und die anschließende Zuweisung zu militärischen Einheiten. Die Zustellung der Einberufungsbescheide kann durch die TZK, die Organe der kommunalen Selbstverwaltung, Unternehmensleitungen, Bildungseinrichtun-

gen oder Grenzschutzbehörden erfolgen. Die Übergabe der Bescheide kann am Wohnort, am Arbeitsplatz, am Studienort, an öffentlichen Plätzen oder an der Staatsgrenze erfolgen. Die Verweigerung der Annahme eines Einberufungsbescheids wird gemäß den Artikeln 210 und 210-1 des ukrainischen Gesetzbuches über Ordnungswidrigkeiten als Ordnungswidrigkeit eingestuft. Nach ordnungsgemäßer Zustellung gilt eine Verweigerung hingegen als Straftat gemäß Art. 336 des ukrainischen Strafgesetzbuches.

Die Verweigerung des Wehrdienstes aus religiösen Gründen stellt ein Spannungsfeld zwischen Religionsfreiheit und der verfassungsmäßigen Pflicht zur Verteidigung des Staates dar. Gemäß Artikel 35 der ukrainischen Verfassung hat eine Person, deren Überzeugungen mit dem Militärdienst unvereinbar sind, Anspruch auf einen alternativen zivilen Dienst. Der Oberste Gerichtshof betont jedoch, dass religiöse oder gewissensbezogene Überzeugungen keine eigenständige Grundlage zur Vermeidung der Mobilisierung darstellen und die Pflicht zur Verteidigung verbindlich bleibt. Diese Pflicht muss nicht zwingend den Einsatz von Waffen umfassen, da Personen auch in technischen, logistischen oder humanitären Bereichen eingesetzt werden können.

Gemäß Artikel 9 der Europäischen Menschenrechtskonvention und Artikel 18 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte sind Staaten verpflichtet, ein System der alternativen Dienstleistung einzurichten. Dieses muss vom Militärdienst getrennt sein, darf keine Strafe darstellen, muss zeitlich angemessen sein und ohne Diskriminierung für alle zugänglich sein. Die Venedig-Kommission betont, dass die Kriegsdienstverweigerung auch im Krieg nicht vollständig ausgeschlossen werden kann und Personen, die den Kriegsdienst verweigern, niemals zum Tragen oder Einsatz von Waffen gezwungen werden dürfen. Die Realität in der Ukraine ist derzeit jedoch so, dass es für den Durchschnittsbürger praktisch utopisch ist, den Wehrdienst aus religiösen Gründen zu verweigern. Ein klar geregeltes Verfahren für einen Aufschub aufgrund religiöser Überzeugungen existiert bisher nicht.

Seit dem Jahr 2024 gibt es das elektronische Register »Oberih« und die Anwendung »Reserw+«. Damit werden Einberufungsbescheide digital erfasst und zugestellt. Eine elektronische Vorladung über die App »Reserw+« ist bislang nicht möglich, sodass die Vorladung weiterhin postalisch persönlich zugestellt werden muss. Die Bescheide können zudem per Einschreiben übermittelt werden. Ein Bescheid gilt als zugestellt, wenn er an die gemeldete Wohnadresse geschickt wurde. Die Bürger sind somit selbst dafür verantwortlich, ihre persönlichen Daten stets aktuell zu halten.

Die freiwillige Rekrutierung erfolgt durch den Abschluss von Dienstverträgen. Die Anwerbung über-

nehmen spezialisierte Rekrutierungszentren des Verteidigungsministeriums. Seit dem Jahr 2024 konnten diese Zentren über 10.000 Kandidaten gewinnen. Das Programm »Militärdienst 18-24«, das gezielt junge Menschen im Alter zwischen 18 und 24 Jahren ansprechen sollte, die bisher von der Wehrpflicht im Rahmen der allgemeinen Mobilmachung befreit waren, erwies sich hingegen als weniger effektiv: Zwischen Februar und April 2025 konnten lediglich 500 Personen für den Dienst an der Waffe gewonnen werden. Dies ist auf eine wenig ansprechende Informationskampagne und unzureichende Anreize zurückzuführen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der ukrainische Militärdienst auf klaren rechtlichen Mechanismen fußt, die durch verfassungsrechtliche und gesetzliche Normen sowie digitale Instrumente gestützt werden. Dennoch führen die Diskrepanz zwischen Gesetzgebung und praktischer Umsetzung, die ungleichmäßige Verteilung der Mobilmachungslast, von der aktuell überwiegend Personen mit unterdurchschnittlichem Einkommen betroffen sind, sowie Korruption zu erheblicher Rechtsunsicherheit und sozialen Spannungen. Diese Faktoren mindern die Effizienz der Mobilmachung erheblich.

### **Jüngste Entwicklungen bei der Einberufung von Männern zum ukrainischen Militärdienst**

Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine wütet nun schon seit vier Jahren. Die Russische Föderation verfügt dabei über eine zahlenmäßige Überlegenheit an Militärpersonal und Waffen. Gleichzeitig erleidet das ukrainische Militär hohe Verluste. Die genauen Zahlen sind Staatsgeheimnis. Es gibt unterschiedliche Quellen. Sie führen Schätzungen zwischen Zehntausenden und Hunderttausenden von Toten und Verwundeten an. Inzwischen kann man von einer systemischen Krise im Mobilisierungssystem sprechen. Diese Herausforderungen veranlassten die Regierung Ende 2023, eine umfassende Reform des Mobilisierungssystems einzuleiten. Im April 2024 unterzeichnete Präsident Selenskyj ein Gesetz, das das Mobilisierungsalter von 27 auf 25 Jahre senkt. Dadurch erhöht sich die Mobilisierungsreserve theoretisch um 150.000 bis 160.000 Personen. Die Rada verabschiedete ein weiteres Gesetz, das Männer im Alter von 25 bis 60 Jahren dazu verpflichtet, ihre Daten innerhalb von 60 Tagen bei den TZK zu aktualisieren.

Im Zuge der Digitalisierung konnten bis Juli 2024 etwa 4,7 Millionen Männer beim TZK und über die mobile Anwendung »Reserw+« registriert werden. Die Reformen des Mobilisierungssystems führten dazu, dass mehr Männer eingezogen werden konnten. Dabei ist die Effizienz der verpflichtenden Rekrutierung jedoch umstritten. Abhängig von den Berechnungskriterien der

Experten und Behörden beträgt das potenzielle Mobilisierungspotenzial der Ukraine bis zu 5 Millionen Personen. In diesen Berechnungen werden Personen, die bereits dienen, sich im Ausland aufhalten oder einen rechtmäßigen Grund für eine Befreiung vom Wehrdienst haben, nicht berücksichtigt. Obwohl das Verteidigungsministerium versichert, dass die Mobilmachung auf einem ausreichend hohen Niveau verläuft, werden die genauen Zahlen nicht veröffentlicht. Inoffiziellen Informationen zufolge stieg die Zahl der Mobilisierten im April und Mai 2024 auf 30.000 Personen pro Monat an. Aufgrund administrativer und sozialer Hindernisse verlangsamte sich das Tempo später wieder.

Die verpflichtende Einberufung im Rahmen der Mobilmachung wird durch einen Rückgang der Zahl der Freiwilligen, eine Zunahme sozialer Spannungen, Flucht und Emigration sowie demografische Herausforderungen erschwert. Somit haben die TZK Schwierigkeiten, ihre Zielvorgaben zu erfüllen. Laut Gesetz müssen sie einem klaren Schema folgen, das die Benachrichtigung der Personen, die Zustellung von Einberufungsbescheiden, das Erscheinen der Personen bei den TZK, die medizinische Untersuchung und die Weiterleitung an Militäreinheiten umfasst. In der Praxis kommen jedoch viele Wehrpflichtige diesen Aufforderungen nicht nach. Die Gründe dafür sind ganz verschieden: von objektiven Umständen wie fehlendem Internetzugang oder Aufenthalt im Ausland über mangelnde offizielle Informationen oder eine schwere Krankheit, aufgrund derer eine Person ihre Daten nicht aktualisieren konnte, bis hin zur Kriegsdienstverweigerung.

Die Hauptgründe für die Verweigerung des Wehrdienstes sind die Angst vor Tod und Verstümmelung, unzureichende Dienstbedingungen sowie die Verbreitung von Darstellungen über unprofessionelles Vorgehen der TZK. Hinzu kommt das Fehlen klarer Mechanismen für Demobilisierung und Rotation. Besorgniserregend ist die Korruption im Zusammenhang mit der Wehrdienstverweigerung: Mitarbeiter der TZK, der medizinisch-sozialen Expertenkommissionen (Medyko-sozialni ekspertni komisij, MSEK) und des Grenzdienstes stellen gegen Zahlungen von 3.000 bis 12.000 US-Dollar illegale Freistellungen vom Wehrdienst aus. Damit bereichern sich die korrupten Staatsangestellten nicht nur, sondern sie tragen auch zu einem wachsenden Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen bei.

Diese Probleme bei der Mobilmachung haben negative Konsequenzen: Die unzureichende Personalausstattung der Streitkräfte gefährdet die nationale Sicherheit und die sozialen Spannungen unter den ukrainischen Staatsbürgern vertiefen sich. Die Wehrdienstverweigerung zieht immer weitreichendere strafrechtliche Konsequenzen nach sich. Als Reaktion auf die weit verbreitete Missachtung von Einberufungsbescheiden sehen



sich die TZK gezwungen, rigorosere Zwangsmaßnahmen anzuwenden, um die von der Regierung vorgegebenen Mobilisierungsziele zu erreichen. Diese Situation wirft ein fundamentales rechtliches und ethisches Dilemma für die Ukraine auf. Einerseits besteht für die Bürger die verfassungsrechtliche Pflicht zur Verteidigung des Vaterlandes (Artikel 65 der Verfassung der Ukraine), der sie sich entziehen. Andererseits führt die Anwendung von Zwangsmethoden bei der Mobilisierung, die mit Menschenrechtsverletzungen einhergeht, zu heftiger öffentlicher Resonanz und sogar aktivem Widerstand. Somit stellt sich die grundlegende Frage nach den zulässigen Grenzen staatlichen Zwangs in einer demokratischen Rechtsgesellschaft.

### Verletzungen von Bürgerrechten bei der Mobilmachung

Eine objektive und umfassende Analyse von Rechtsverletzungen durch staatliche Behörden im Kontext der verpflichtenden Einberufung ist gegenwärtig erheblich erschwert, da es einen gravierenden Mangel an offiziell bestätigten Informationen und öffentlich zugänglichen Daten gibt. Dies ist primär auf einen Mangel an offiziell verifizierten Informationen und statistischen Daten zurückzuführen. Obwohl im Internet zahlreiche Berichte, Videos und Fotos von Bürgern über mutmaßliche Missbräuche während der Mobilmachung kursieren, bleibt eine offizielle Reaktion der zuständigen staatlichen Behörden oft aus oder ist nur sehr begrenzt. Dadurch wird die Erfassung eines vollständigen Bildes hinsichtlich des Ausmaßes und der Natur des Problems erheblich erschwert. Nichtsdestotrotz lassen sich auf der Grundlage anwaltlicher Praxis, der Analyse verfügbarer Informationsquellen, gerichtlicher Entscheidungen sowie von Eingaben an Menschenrechtsorganisationen die folgenden Hauptkategorien von Verstößen identifizieren:

1. *Illegale und gewaltsame Festnahmen von Bürgern durch Angestellte der TZK.* Gemäß ukrainischem Recht sind Vertreter der TZK nicht befugt, Bürger festzunehmen oder zu inhaftieren. Diese Befugnisse sind ausschließlich der Nationalpolizei vorbehalten, auch bei der Verfolgung von Wehrdienstverweigerern (siehe hierzu das Gesetz der Ukraine Nr. 3633-IX, 2024, welches die Zuständigkeiten im Mobilmachungsprozess regelt). Vertreter der TZK verstoßen jedoch regelmäßig gegen diese Bestimmungen, indem sie Bürger auf offener Straße gewaltsam festnehmen oder festhalten. Laut UNIAN führen die derzeitige »Busifizierung« von Männern und die Amtsüberschreitungen der TZK zu einem Rückgang der Zahl der mobilisierten Soldaten und zur Nichterfüllung des Mobilisierungsplans. Der Begriff »Busifizierung« (vom Wort »Bus« – Kleinbus) wird in den ukrainischen Medien ironisch oder kritisch verwendet, um die

Praxis zu beschreiben, bei der TZK-Vertreter Männer auf der Straße, in Cafés oder in öffentlichen Verkehrsmitteln festnehmen, sie in Kleinbusse zerren und sofort zu den Rekrutierungsstellen oder medizinischen Kommissionen bringen.

2. *Ignorieren der Gründe für eine Zurückstellung der verpflichtenden Einberufung.* Die Gesetzgebung sieht für bestimmte Personengruppen ein Recht auf Zurückstellung aufgrund familiärer Umstände, des Gesundheitszustands oder des Studiums vor. Dennoch erklären Vertreter der TZK die entsprechenden Nachweise oftmals als »unzureichend« und nutzen dies als Vorwand für die Einberufung. Ein Beispiel hierfür ist ein kürzlich bekannt gewordener Fall in Winnyzja: Die stellvertretende Leiterin des örtlichen TZK und ihr Untergebener wandten physische Gewalt gegen einen Wehrpflichtigen mit gültiger Befreiung an und forderten ihn auf, sich trotzdem zum Wehrdienst zu verpflichten. Am 12. September 2023 fügten Mitarbeiter dieses TZK dem Mann bei einem Besuch Schläge auf Kopf und Gesicht zu, die zu einer Gehirnerschütterung und weiteren Verletzungen führten. Das Staatliche Ermittlungsbüro (ukr. Dereschawne Bjuro Rossliduwanj, DBR; in etwa vergleichbar mit dem deutschen Bundeskriminalamt) hat die TZK-Mitarbeitenden des Amtsmissbrauchs beschuldigt; ihnen drohen bis zu zwölf Jahren Haft.

### Bewertung im Lichte einschlägiger Gerichtsentscheidungen und der Verfassung

Die beschriebenen Rechtsverletzungen durch staatliche Akteure sind als rechtswidrige Handlungen zu qualifizieren, die gemäß der geltenden Gesetzgebung eine Verantwortlichkeit nach sich ziehen. Die bestehenden Mechanismen zur Rechenschaftspflicht scheinen jedoch wenig effektiv zu sein. Zudem offenbart die Rechtsprechung zur Mobilmachungspraxis ein Ungleichgewicht zwischen staatlichen Interessen und den individuellen Rechten der Bürger. Im Folgenden werden zwei exemplarische Gerichtsentscheidungen dargestellt.

Der Fall einer aus Tscherniwzi stammenden Journalistin, die im Jahr 2024 zu fünf Jahren Freiheitsstrafe verurteilt wurde, weil sie Videomaterial verbreitet hatte, das den Prozess der »Zwangsmobilmachung« dokumentierte, entwickelte sich zu einem wegweisenden Präzedenzfall. Er unterstreicht die Komplexität der Abwägung zwischen dem Recht auf Information und den Anforderungen der nationalen Sicherheit in Zeiten des Kriegsrechts. Sowohl das erstinstanzliche Gericht als auch das Berufungsgericht Tscherniwzi (Urteil vom 4. April 2025) begründeten ihr Urteil mit Artikel 8 des ukrainischen Gesetzes »Über den Rechtsstatus des Kriegszustands«, der vorübergehende Einschränkungen verfassungsmäßiger Rechte zulässt. Dieser Ansatz ist im ukrainischen

Recht verankert – insbesondere durch das Urteil des Verfassungsgerichts der Ukraine von 2012, das das Recht auf Information als unbegrenzt auslegt – und entspricht der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR). In den EGMR-Urteilen in den Fällen »Özgür Gündem v. Turkey« (2000) und »Süre v. Turkey« (1999) wird die Möglichkeit von Einschränkungen der Meinungsfreiheit während Konflikten anerkannt, sofern Veröffentlichungen zu Gewalt aufstacheln oder die nationale Sicherheit untergraben. Der EGMR fordert dabei eine »dringende gesellschaftliche Notwendigkeit« für die Einschränkung der Meinungsfreiheit. In der Entscheidung »Incal v. Turkey« (1998) wurde das Verhältnismäßigkeitsprinzip bestätigt, demzufolge solche Einschränkungen strikt notwendig und vorübergehend sein müssen.

Der genannte Fall unterstreicht die unbedingte Notwendigkeit einer sorgfältigen Abwägung zwischen Meinungsfreiheit und nationaler Sicherheit in Kriegszeiten. Zwar sind rechtliche Einschränkungen während des Krieges grundsätzlich zulässig, ihre Anwendung muss jedoch außergewöhnlich, klar begründet, verhältnismäßig und strikt notwendig sein. Übermäßig strenge Urteile für Handlungen, die keinen klar nachgewiesenen direkten negativen Einfluss auf die Verteidigungsfähigkeit haben, können nicht nur Menschenrechte verletzen, sondern auch das Vertrauen in die Justiz untergraben. Zudem können sie einen gefährlichen Präzedenzfall für die Einschränkung journalistischer Tätigkeit schaffen. Diese ist selbst in den schwierigsten Zeiten für eine demokratische Gesellschaft von entscheidender Bedeutung.

Ein Urteil des Obersten Gerichts der Ukraine hat die Irreversibilität der Mobilmachung etabliert. Demnach führt die gerichtliche Feststellung der Rechtswidrigkeit eines Einberufungsverfahrens nicht automatisch zur Aufhebung seiner rechtlichen Konsequenzen. Das Gericht begründete diese Position mit der Notwendigkeit, die Effektivität der Mobilmachungsmaßnahmen und die Verteidigungsfähigkeit des Staates zu gewährleisten. Durch diese Entscheidung kollidiert die Pflicht zur Verteidigung des Vaterlandes (Artikel 65 der Verfassung der Ukraine) mit dem Recht auf gerichtlichen Rechtsschutz (Artikel 55 der Verfassung der Ukraine).

Insbesondere schränkt die Irreversibilität der Mobilmachung die Anwendung von Artikel 23 des ukrainischen Gesetzes »Über die Mobilmachungsvorbereitung und Mobilmachung« ein. Dieser enthält eine abschließende Liste von Gründen für eine Freistellung vom Militärdienst (beispielsweise Invalidität, die Pflege von Personen mit Behinderungen oder das Vorhandensein von drei oder mehr Kindern). Wenn die TZK eine Person trotz Vorliegens solcher Gründe mobilisiert, führt die gerichtliche Feststellung dieser Verletzung nicht zur Aufhebung der Einberufung. Dadurch entsteht eine Situation, in der

die Normen, die Garantien gewähren, keinen effektiven Mechanismus zur Durchsetzung des Rechts auf Freistellung nach erfolgter Mobilmachung bieten.

Zugleich widerspricht dieser Präzedenzfall Artikel 55 der Verfassung der Ukraine, der festlegt: »Die Rechte und Freiheiten des Menschen und Bürgers werden durch das Gericht geschützt« sowie »Jeder hat das Recht, Entscheidungen, Handlungen oder Unterlassungen von staatlichen Behörden, Organen der örtlichen Selbstverwaltung, Amtsträgern und Beamten gerichtlich anzufechten«. Zwar kann eine Person die Rechtswidrigkeit der Einberufung anfechten und ein gerichtliches Urteil über die Feststellung der Rechtswidrigkeit der Handlungen der TZK erhalten, doch führt dieses Urteil nicht zur Aufhebung der Mobilmachung und zur Wiederherstellung des zivilen Status der betreffenden Person. Ein gerichtliches Urteil über eine Verletzung der Rechte gewährleistet somit nicht die Wiederherstellung des verletzten Rechts, was einen integralen Bestandteil des gerichtlichen Rechtsschutzes darstellt.

Inoffizielle Angaben deuten auf systemische Herausforderungen bei der Gewährleistung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit im Kontext der Mobilmachungsmaßnahmen in der Ukraine hin. Die mangelnde Transparenz sowie das Fehlen effektiver Kontroll- und Verantwortlichkeitsmechanismen bei Verstößen untergraben das Vertrauen der Gesellschaft in staatliche Institutionen. Dies könnte die Bereitschaft der Bürger, ihrer verfassungsmäßigen Pflicht zur Landesverteidigung nachzukommen, weiter schwächen. Zu den beschriebenen Problemen zählen illegale gewaltsame Festnahmen, die Missachtung von Freistellungsgründen und die Verletzung des Rechts auf Freizügigkeit. Die Effektivität der Mechanismen zur Rechenschaftspflicht der Verantwortlichen bleibt aufgrund von Korruption gering. Zudem ist die Rechtsprechung in diesem Bereich unausgewogen, da staatliche Interessen in Urteilen oft über den individuellen Rechten der Bürger stehen.

## Fazit

In dieser Analyse wurde der Frage nachgegangen, ob die Ukraine ihren rechtsstaatlichen Charakter bewahren konnte, indem sie den Menschenrechten Vorrang einräumte. Die Praxis der Umsetzung der Mobilmachung sowie einschlägige Gerichtsentscheidungen weisen jedoch deutlich darauf hin, dass staatlichen Interessen Vorrang vor individuellen Rechten gewährt wird. Dies spiegelt den objektiven Bedarf an der Mobilisierung von Ressourcen für die nationale Sicherheit wider. Ein solcher Ansatz wirft jedoch weitreichende Fragen bezüglich der Grenzen zulässiger Einschränkungen verfassungsrechtlicher Rechte sowie des Risikos einer Erosion der Grundlagen der Rechtsstaatlichkeit in der Ukraine auf.

### Über die Autorin

Dr. *Yuliia Tsurkalenko* ist Gastwissenschaftlerin am Lehrstuhl für Öffentliches Recht, insbesondere deutsches und europäisches Verwaltungsrecht an der Universität Regensburg und am Institut für Ostrecht. Seit 2011 ist sie in verschiedenen Funktionen bei der Nationalpolizei der Ukraine tätig. Parallel dazu lehrt sie seit 2021 an der Donezker Staatlichen Universität für Innere Angelegenheiten. Von Juni 2022 bis Mai 2023 war sie Stipendiatin der VolkswagenStiftung an der Universität Regensburg, wo sie die Umsetzung der Kinderrechte durch öffentliche Institutionen erforschte. Im Jahr 2024 arbeitete sie mit jugendlichen Migranten bei der Evangelischen Jugendhilfe Friedenshort. Seit September 2024 ist sie Stipendiatin der Philipp Schwartz-Initiative der Alexander-von-Humboldt-Stiftung und untersucht die polizeiliche Gefahrenprävention in der Ukraine.

### Bibliografie

- Aliyev, H. (2025). Who fights for governments? Paramilitary mobilization in Ukraine. Bloomsbury Academic.
- Clausewitz K. v.: Vom Kriege, Buch VIII, Kap. 26: Volksbewaffnung; Buch I, Kap. 1 (Aphorismus zur politischen Fortführung des Krieges).
- Stewart, S. (2024). Die Ukraine im russischen Angriffskrieg: Binnenentwicklungen im Zusammenhang mit dem EU-Beitrittsverfahren (SWP-Studie 2024/S 16). Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP).
- Venice Commission. (2025, 15. März). Amicus Curiae Brief on Alternative (Non-Military) Service (CDL-AD(2025)006). Council of Europe.
- Yatsyshyn, A.O. (2025). Methods and forms of mobilization measures under martial law in Ukraine. Journal of Legal and Social Studies.

## ANALYSE

# Gefangen zwischen Front und Grenze? Einstellungen zu Mobilisierung und Reisebeschränkungen in der Ukraine nach 2022

Yana Lysenko (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)

DOI: 10.31205/UA.324.02

## Zusammenfassung

Seit Beginn der russischen Vollinvasion zählen Mobilisierungsmaßnahmen und kriegsbedingte Ausreisebeschränkungen für Männer zu den sensibelsten und gesellschaftlich am stärksten polarisierenden Themen in der Ukraine. Beide Maßnahmen betreffen seit dem 24. Februar 2022 nahezu jede Familie: Gegenwärtig umfasst die Mobilisierungspflicht Männer im Alter von 25 bis 60 Jahren, während die Ausreisebeschränkungen seit Ende August 2025 für Männer zwischen 23 und 60 Jahren gelten. Der Beitrag untersucht die Einstellungen verschiedener Bevölkerungsgruppen zu diesen Maßnahmen. Grundlage sind 34 qualitative Tiefeninterviews mit Ukrainerinnen und Ukrainern im In- und Ausland aus dem Jahr 2025. Die Analyse zeigt ein breites Spektrum an Wahrnehmungs- und Deutungsmustern. Dieses reicht von loyaler Akzeptanz der Mobilisierung als notwendige Maßnahme zur Landesverteidigung bis hin zu scharfer Kritik an ihrer praktischen Umsetzung.

## Gesetzliche Rahmenbedingungen der Mobilisierung in der Ukraine: Rechtslage, Zuständigkeiten und Verpflichtungen

Die allgemeine Mobilmachung wurde in der Ukraine am 24. Februar 2022 als Reaktion auf Russlands Überfall auf die Ukraine mit dem Erlass des ukrainischen Präsidenten Nr. 65/2022 ausgerufen. Gleichzeitig trat auch der Präsidialerlass Nr. 64/2022 »Über die Einfüh-

rung des Kriegsrechts in der Ukraine« in Kraft, der das Kriegsrecht landesweit ausrief und bis heute im 90-Tage-Rhythmus verlängert wird. Die rechtliche Grundlage für die Mobilisierung ist ein Zusammenspiel aus mehreren Gesetzen, Präsidialdekreten und Kabinettsbeschlüssen.

Zentral für die Durchführung der Mobilisierung in der Ukraine sind das Gesetz »Über die Verteidigung der Ukraine«, das die Grundprinzipien der Landesver-

teidigung definiert und explizit darauf verweist, dass die Regulierung der Mobilmachung mit weiteren Gesetzen erfolgt. Dazu gehören das Gesetz »Über die Mobilisierungsvorbereitung und Mobilisierung«, das die Pflichten der Bürger und Zuständigkeiten bei der Durchführung der Mobilmachung festlegt sowie das Gesetz »Über die Wehrpflicht und den Militärdienst«, das die Wehrpflichten und Kategorien der Wehrdienstpflichtigen definiert und erläutert.

Obwohl Männer im Alter von 18 bis 60 als wehrdienstpflichtig gelten, können derzeit allerdings nur Männer zwischen 25 und 60 Jahre für den Kriegsdienst im Rahmen der Generalmobilmachung mobilisiert werden. Am 2. April 2024 hat die ukrainische Regierung das Mindestalter für die Einberufung zum Kriegsdienst von 27 auf 25 Jahre gesenkt. Die jüngeren Männer im Alter von 18 bis 24 Jahren sind vom Wehrdienst ausgeschlossen und können nur freiwillig eingezogen werden. Allerdings unterliegen sie seit dem 23. Lebensjahr den geltenden Ausreisebeschränkungen.

Von der Einberufung ausgeschlossen sind nur Männer, die durch eine militärärztliche Kommission als »ungeeignet für den Militärdienst« eingestuft wurden, alleinerziehend sind oder Pflege- bzw. Betreuungspflichten haben sowie Väter von mindestens drei minderjährigen Kindern. Zu beachten ist, dass jede Befreiung und Zurückstellung vom Wehrdienst formell beantragt werden muss und gegebenenfalls auch wiederholter oder regelmäßiger Überprüfung bedarf. Außerdem sieht die aktuelle ukrainische Rechtslage vor, dass Mitarbeitende bestimmter Institutionen und Unternehmen, die zur kritischen Infrastruktur gehören, freigestellt werden können. Eine solche Freistellung bedeutet allerdings keine endgültige Befreiung von der Wehrdienstpflicht, da diese immer befristet ist und daher regelmäßig vom Unternehmen beantragt werden muss. Sie darf üblicherweise nicht mehr als 50 Prozent der wehrpflichtigen Beschäftigten umfassen.

Während das Verteidigungsministerium der Ukraine für die Leitlinien, Mobilisierungskriterien und Koordination ihrer Umsetzung zuständig ist, wird die tatsächliche Mobilisierung landesweit von Mitarbeitenden der Territorialen Zentren für Rekrutierung und soziale Unterstützung (im Ukrainischen gewöhnlich als TZK abgekürzt) durchgeführt. Die TZK sind eine dem Verteidigungsministerium unterstellte Verwaltungsbehörde, die nach Beginn der großflächigen Invasion 2022 das System der Militärkommissariate ersetzt hat und aktuell für die Implementierung der kriegsbedingten Mobilisierungsmaßnahmen verantwortlich ist. Zur Zuständigkeit der TZK gehören die Einberufungen, die Verwaltung des Wehrregisters, die Erteilung der Vorladungen zum Militärdienst sowie die Durchführung der medizinischen Eignungsprüfungen für den Wehrdienst.

Vorladungen zum Wehrdienst werden nach geltender ukrainischer Rechtslage entweder persönlich – durch befugte TZK-Mitarbeitende – gegen Unterschrift überreicht oder mit Empfangsbestätigung an die Wohnadresse per Post verschickt. Beide Zustellformen gelten nach dem Beschluss des Ministerkabinetts »Über die Frage der Einberufung von Bürgern zum Militärdienst während der Mobilmachung, für einen besonderen Zeitraum« als ordnungsgemäße Vorladung. Elektronische Instrumente wie das »elektronische Kabinett des Wehrpflichtigen« (Beschluss Nr. 1487/2022) werden schrittweise eingeführt und bereits für bestimmte Dokumente (z. B. medizinische Überweisungen) genutzt. Allerdings ergänzt die elektronische Zustellungsform die klassischen Zustellformen von Vorladungen, ersetzt diese aber derzeit noch nicht.

### **Kontroversen bei der Mobilisierung: Einstellungen zum rechtlichen Rahmen und zur Umsetzungspraxis**

Das Thema Mobilisierung wird derzeit sowohl im Parlament als auch in den Medien der Ukraine ausführlich und kontrovers diskutiert. Obwohl sich die Parlamentsparteien grundsätzlich einig sind, dass eine personell ausreichend ausgestattete Armee zur Abwehr der russischen Aggression notwendig ist, gehen die politischen Haltungen bezüglich der konkreten Regelungen, Formen und Ausführungspraxis der Mobilisierung auseinander.

Vor diesem Hintergrund waren die Änderungen im Mobilisierungsgesetz (Nr. 3633-IX), das im Mai 2024 in seiner neuen Fassung in Kraft trat, das zentrale Thema der Parlamentsdebatten in Bezug auf Mobilisierung. Das Gesetz verknüpft die Mobilisierungspraxis enger mit dem bereits bestehenden digitalen Wehrregister. Zudem schreibt es die Pflicht zur Aktualisierung persönlicher Daten über analoge und digitale Kanäle vor. Darüber hinaus werden die Sanktionsmechanismen gegen Dienstverweigerung und die Nichtbefolgung von Einberufungsbescheiden erweitert. Ebenso werden die Personenkategorien, die mobilisiert werden können, erweitert (z. B. ehemalige Verurteilte). Zudem werden die Kategorien von Personen, die Anspruch auf zeitweilige Freistellung vom Wehrdienst haben, präzisiert (z. B. Studierende im Erststudium).

Während die Partei des Präsidenten Selenskyj, »Sluha Narodu«, dem Gesetz mehrheitlich zustimmte, wurde es von den oppositionellen Parteien stark kritisiert. Der wesentliche Kritikpunkt bezog sich auf die Streichung der Regelung zur Demobilisierung nach 36 Monaten, die in den früheren Entwürfen des Gesetzes noch enthalten war. Vor allem auf Drängen der militärischen Führung wurde diese Bestimmung gestrichen. Sie verwies auf die Lage an der Front: Starre Demobilisierungsfristen könnten einen massenhaften Verlust erfahrener Soldaten ohne ausreichenden Ersatz verursachen und seien daher



aus militärischer Sicht hoch riskant. Die Regierungspartei bleibt daher bei ihrer öffentlichen Position, dass Forderungen nach einem klaren zeitlichen Rahmen für die Demobilisierung zwar politisch verständlich, unter den aktuellen militärischen Bedingungen jedoch nicht umsetzbar sind.

Die stärkste Ablehnung des neuen Mobilisierungsgesetzes äußerten die oppositionellen Fraktionen »Europäische Solidarität« und »Batkiwschtschyna«. Während sich die »ES« geschlossen enthielt, taten dies die Mitglieder der »Batkiwschtschyna« mehrheitlich. Die übrigen oppositionellen Abgeordneten – insbesondere aus der Fraktion »Holos« – stimmten dem Gesetz trotz ihrer deutlichen Kritik mehrheitlich zu. Sie begründeten dies vor allem mit der dringenden Notwendigkeit, ein funktionsfähiges Mobilisierungsgesetz sicherzustellen, um die Verteidigungsfähigkeit des Landes nicht zu gefährden.

Parallel zur politischen Kontroverse um den gesetzlichen Rahmen rückte die praktische Umsetzung der Mobilisierung zunehmend ins Zentrum der Debatte. Im Jahr 2025 standen die Territorialen Rekrutierungs- und Sozialunterstützungszentren (TZK) aufgrund zahlreicher Korruptions- und Missbrauchsvorwürfe besonders im Fokus öffentlicher Kritik. In mehreren Regionen kam es zu Fällen von Gewaltanwendung und körperlichen Übergriffen durch TZK-Mitarbeitende. Zudem wurden Männer auf der Straße festgenommen, obwohl sie die gesetzlich geregelten Bedingungen für eine Freistellung vom Wehrdienst erfüllten. Vom 1. Januar bis zum 29. Oktober 2025 gingen beim ukrainischen Menschenrechtsombudsmann etwa 5.000 Beschwerden über Rechtsverletzungen und Kompetenzüberschreitungen durch TZK-Mitarbeitende im Mobilisierungsprozess ein.

Bis Juni 2025 wurden landesweit mehr als 900 strafrechtliche Ermittlungen gegen Mitarbeitende der TZK eingeleitet. Ihnen wurde Machtmissbrauch, Gewaltanwendung, illegale Freiheitsentziehung, Korruption und die Überschreitung ihrer Befugnisse vorgeworfen. Um Missständen innerhalb der Einberufungsbehörden entgegenzuwirken, wurden im Zuge dieser Ermittlungen zahlreiche TZK-Beamte ihres Amtes enthoben und durch neues Personal ersetzt. Mehrere ukrainische NGOs und Menschenrechtsgruppen – darunter ZMINA und die Kharkiv Human Rights Protection Group – weisen jedoch daraufhin, dass es sich bei diesen Rechtsverletzungen nicht um Einzelfälle handelt, sondern dass sie Ausdruck eines strukturellen Problems im Mobilisierungsapparat sind.

Diese institutionellen Probleme spiegeln sich deutlich in der öffentlichen Wahrnehmung wider. Laut der letzten Umfrage von Active Group vom 7. September 2025 sind ca. 78 Prozent der Befragten der Meinung, dass die bestehende TZK-Struktur nicht in der Lage ist, eine effektive Mobilisierung sicherzustellen.

Dabei lassen sich die Spaltungen auch in der öffentlichen Wahrnehmung der Wehrpflicht in der Ukraine im Jahr 2025 klar erkennen. Eine Umfrage von KIIS vom 2. bis 14. September 2025 zeigte, dass etwa die Hälfte der befragten erwachsenen Ukrainerinnen und Ukrainer, die derzeit keinen Militärdienst leisten, Bereitschaft äußert, sich bei Bedarf den Streitkräften anzuschließen. Unter den Männern sind es 63 Prozent, unter den Frauen 46 Prozent. Obwohl die Mehrheit der Meinung ist, dass die Landesverteidigung in der aktuellen Kriegslage eine erforderliche Maßnahme sei, ist die gesellschaftliche Einstellung zu Dienstverweigerern (»uchyljanty« auf Ukrainisch) widersprüchlich, da diese nicht mehrheitlich verurteilt werden. Eine Umfrage des Instituts für Soziale und Politische Psychologie vom 9. April 2025 zeigt, dass ca. 58 Prozent der Bevölkerung Verständnis für Dienstverweigerung haben. Gleichzeitig sank der Anteil derer, die es beschämend finden, dass Männer sich vor der Mobilisierung verstecken, von 43 Prozent im Jahr 2024 auf 39 Prozent im Jahr 2025.

Die Mehrheit (ca. 77 Prozent) gibt außerdem an, Männer zu kennen, die sich dem Wehrdienst entziehen (Active Group, 7. September 2025). In der Ukraine wurden von Januar 2022 bis September 2025 19.273 Strafverfahren (Art. 336 StGB der Ukraine) wegen Wehrdienstverweigerung registriert, von denen 7.902 beendet wurden. Deutlich höher liegt im Vergleich dazu die Zahl der registrierten Desertionsverfahren – insgesamt etwa 54.000 – für den Zeitraum Januar 2022 bis September 2025 (Art. 408 StGB der Ukraine bestraft bewusste und dauerhafte Fahnenflucht). Laut der Generalstaatsanwaltschaft wurden im selben Zeitraum gleichzeitig 235.646 Verfahren wegen »eigenmächtigen Verlassens der Einheit« (Art. 407 StGB der Ukraine bestraft das unerlaubte, kurzfristige Verlassen des Dienstes) registriert. Insgesamt ergibt sich somit eine Zahl von rund 290.000 Strafverfahren nach den beiden Artikeln.

Trotz dieser ambivalenten Einstellung spricht sich die Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung für die Fortsetzung des militärischen Abwehrkampfes gegen Russland aus, um einen gerechten Frieden zu erreichen (KIIS, 2.–14. September 2025; Razumkov-Zentrum, 12.–17. September 2025). Dies deutet auf komplexe und widersprüchliche Meinungsmuster und Positionen hin, die die ukrainische Bevölkerung gegenüber kriegsbedingten Maßnahmen und Einschränkungen entwickelt. Diese werden im nächsten Abschnitt anhand qualitativer Methoden näher analysiert.

### **Muster der Einstellungen zu Mobilisierung und Ausreisebeschränkungen**

Das Ziel dieser Untersuchung besteht darin, Einstellungen der ukrainischen Bevölkerung zu kriegsbedingten Maßnahmen qualitativ zu erfassen und auszuwerten.

Dabei geht es nicht um die Frage, wie viele Personen welche Haltung vertreten, sondern darum, aus welchen Inhalten, Nuancen und Erfahrungsbezügen sich diese Positionen zusammensetzen und welche Faktoren sie beeinflussen. Grundlage der Analyse bilden 34 qualitative Tiefeninterviews mit ukrainischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern (19 Frauen und 15 Männer) im Alter von 19 bis 65 Jahren, die sich zum Zeitpunkt des Interviews (2025) entweder in der Ukraine aufhielten oder nach 2022 nach Deutschland ausgereist waren. Diese Auswahl der Befragten ermöglicht einen Vergleich zwischen den Einstellungen von Ausgereisten und Verbliebenen, um zentrale Einflussfaktoren auf die Einstellung zu kriegsbedingten politischen Entscheidungen zu identifizieren.

Wichtig anzumerken ist, dass sich aus dieser Analyse keine Rückschlüsse auf die Stimmung der ukrainischen Gesamtbevölkerung ziehen lassen, da diese qualitative Studie nicht in der Lage ist, repräsentative Ergebnisse zu liefern. Ihr Mehrwert gegenüber quantitativen Umfragen liegt vielmehr darin, komplexe, ambivalente und teils widersprüchliche Wahrnehmungs- und Deutungsmuster sichtbar zu machen, die in standardisierten Erhebungsformaten aufgrund ihres Fokus auf Mehrheitsverteilungen kaum erfassbar sind.

In den folgenden Abschnitten wird analysiert, woraus sich loyale und kritische Haltungen zur Mobilisierung sowie Einstellungen zum Ausreiseverbot und zu ausgereisten Männern zusammensetzen und welche Faktoren diese Positionen prägen.

### Loyale Haltung zur Mobilisierung

Die loyale Haltung zur Mobilisierung beruht auf der Prämisse, dass diese in der jetzigen Form zwar nicht perfekt verläuft, aber trotzdem notwendig ist, um eine personell hinreichend ausgestattete Armee zu haben, die in der Lage ist, das Land zu verteidigen. Mögliche Gewaltausübungen durch TZK-Mitarbeitende im Zuge der Mobilisierung werden von dieser Gruppe dennoch scharf verurteilt und trotz des Gefühls der bürgerlichen Pflicht nicht als gerechtfertigt angesehen.

Die loyalste Position zeichnet sich dabei durch das Fehlen von Erfahrungen mit gewaltsamer Mobilisierung im nahen Umfeld aus. Entsprechend werden die Geschichten über »Bussifizierungen« – also gewaltsame Zwangsmobilisierungen, bei denen TZK-Mitarbeitende Männer auf der Straße in »Busse« (Kleintransporter) zerren und meist unter Widerstand direkt in das TZK überführen – eher als Ausnahmen und über soziale Medien verstärkte Einzelfallnarrative wahrgenommen. Abgesehen davon, dass niemand aus ihrem nahen Bekanntenkreis von der »Bussifizierung« betroffen wurde, zeichnen sich die weiblichen und männlichen Respondenten, die am loyalsten zur Mobilisierung in der Ukraine stehen, dadurch aus,

dass sie keine unmittelbaren Berührungspunkte mit dem Geschehen an der Front haben. Da die Befragten mit dieser Position zum Zeitpunkt der Interviews und davor nicht selbst an aktiven militärischen Handlungen teilgenommen haben und auch keine nahen Familienangehörigen an der Front hatten, basiert ihre Vorstellung über das Befinden von Soldaten im Krieg zumeist auf Medienberichten oder Erzählungen von Bekannten, die positive Erfahrungen mit dem Wehrdienst gemacht hatten.

Bei Frauen, die sich besonders loyal zur Mobilisierung äußerten, fällt außerdem auf, dass zum Zeitpunkt des Interviews niemand aus ihrer Familie an der Front war oder mobilisiert werden konnte. Entweder waren die betreffenden Männer nicht im wehrpflichtigen Alter oder es gab gesundheitliche bzw. wirtschaftliche Gründe, wegen denen sie nicht eingezogen werden konnten (etwa durch Freistellung von Fachkräften in bestimmten Betrieben). Die größere Distanz zum Kriegsgeschehen scheint demnach die loyale Einstellung zur Mobilisierung zu beeinflussen.

Ein weiterer prägender Faktor für die Haltung zur Mobilisierung unter weiblichen und männlichen Befragten ist eine zumeist positive Einstellung zu Wolodymyr Selenskyj und seiner Regierung. Selenskyj wird dabei nicht idealisiert, sondern es geht eher um die Überzeugung, dass er, wenn auch nicht perfekt, so doch das geringste Übel für die Ukraine in der gegebenen Situation darstelle. Am höchsten werden Selenskyj dabei sein Mut, nach der großflächigen Invasion in der Ukraine zu bleiben, sowie sein Einsatz für die Ukraine auf der außenpolitischen Bühne angerechnet. Die positive Einstellung gegenüber Selenskyj beruht außerdem auf der Sorge, dass sich die Lage in eine ungewisse Richtung entwickeln könnte, wenn jemand anderes an seine Stelle träte. Daher stößt die Idee, die Präsidentschaftswahlen vor dem Kriegsende durchzuführen, bei den Respondenten mit dieser Haltung zumeist auf Ablehnung.

Auffällig dabei ist, dass eine loyale Haltung gegenüber kriegsbedingten Maßnahmen nicht automatisch eine mobilisierende Wirkung entfaltet. Das heißt, dass diejenigen, die Verständnis dafür äußern, nicht unbedingt auch entsprechend handeln. Keine/r der Befragten, die der loyalen Gruppe zugeordnet wurden, hat zum Zeitpunkt der Interviews oder davor selbst an militärischen Handlungen teilgenommen und würde dies nach eigenen Aussagen freiwillig tun. Nur ein Befragter könnte sich das im Falle des Erhalts eines Einberufungsbescheids vorstellen, da er dann keine Wahl mehr hätte.

Unter den Respondenten, die sich am loyalsten gegenüber der Mobilisierung äußern, weisen wehrpflichtige Männer, die trotz ihrer Unterstützung der Mobilisierung nicht freiwillig den ukrainischen Streitkräften beitreten, starke innere Dissonanzen auf. Dies zeigt sich im Widerspruch zwischen ihren Handlungen und ihren morali-

schen Überzeugungen. Um mit dieser inneren Zerrissenheit zurechtzukommen, versuchen die betroffenen Respondenten, ihre Entscheidung für sich plausibel zu rechtfertigen und nehmen dabei eine entschuldigende Haltung ein. Dabei lassen sich mehrere Rechtfertigungsmuster erkennen:

- Verweis auf eine schlechte gesundheitliche Verfassung;
- Verpflichtungsgefühl gegenüber der eigenen Familie;
- Verweis auf mangelnde militärische Ausbildung und damit unzureichende Eignung;
- Eingeständnis der eigenen Angst.

Daher entscheiden sich diese Männer entweder für eine fatalistische Haltung: Wenn der Einberufungsbescheid kommt, könne man nicht mehr ausweichen. Oder sie kompensieren ihre bürgerliche Pflicht auf andere Weise – zum Beispiel durch Spenden oder Freiwilligenarbeit.

### Kritische Haltung zur Mobilisierung

Die stärkste Kritik an der Mobilisierung wird in erster Linie von Respondenten geäußert, die starke Unzufriedenheit damit empfinden, wie sie als Bürger vom ukrainischen Staat und von seinen Verwaltungen behandelt werden. Die Kritik bezieht sich dabei nicht auf das Mobilisierungsgesetz an sich, sondern eher auf die Art und Weise seiner Umsetzung und die unbefriedigenden Zustände in der Armee.

Auf der einen Seite kritisieren Respondenten die gesundheitliche Eignungsprüfung bei der Einberufung als mangelhaft, weil gesundheitliche Probleme von der militärärztlichen Kommission nicht berücksichtigt würden und nahezu jede Person für sie als militärdiensttauglich gelte. Auch weitere Umstände, die eine Mobilisierung ausschließen, etwa Pflegeverpflichtungen gegenüber Familienangehörigen, werden von der Einberufungsbehörde häufig nicht berücksichtigt. Berichte über rechtswidrige Zwangsmobilisierungen gewinnen daher schnell an Resonanz. Ein oder mehrere solcher Fälle im direkten Umfeld reichen aus, um bei den Bürgern das Gefühl zu erzeugen, vom Staat misshandelt zu werden, und eine negative Einstellung zur Mobilisierung zu fördern.

Auf der anderen Seite wird die Mobilisierung wie ein »One-Way-Ticket« wahrgenommen, da klare Fristen des Militärdienstes und regelmäßige Rotationen fehlen. Kritiker der Mobilisierung gehen daher davon aus, dass diejenigen, die an die Front geschickt werden, nur schwer verwundet oder tot vom Schlachtfeld zurückkehren könnten. Die Vorstellung eines zeitlich unbegrenzten Militärdienstes sowie persönliche Erfahrungen mit zahlreichen Todesfällen im Bekanntenkreis führen zu einer aktiven Ablehnung des Wehrdienstes und dazu, dass man nach Wegen sucht, diesem zu entgehen.

Korruption als eine Möglichkeit, dem Wehrdienst zu entgehen, wird von Respondenten mit dieser Einstellung jedoch unterschiedlich gewertet. Ihre Kritik richtet sich dabei nicht primär gegen Menschen, die bereit

sind, Schmiergeld zu zahlen, sondern gegen diejenigen, die solche korrupten Dienstleistungen ermöglichen und daran verdienen. Dies führt zu dem Gefühl, dass sich eine Zwei-Klassen-Gesellschaft herausbildet, in der sich Wohlhabende die Freistellung vom Dienst kaufen können, während der Rest an die Front muss. Am stärksten wird dabei allerdings die ukrainische Regierung kritisiert, die ihre Bürger in eine Lage versetze, in der dies für viele den einzigen Weg darstelle, um ihr Leben zu retten.

Innerhalb der Gruppe mit den kritischsten Einstellungen zur Mobilisierung lassen sich zudem kaum Unterschiede zwischen den Haltungen von Männern und Frauen erkennen. Sowohl Männer als auch Frauen sind sich einig, dass die »Bussifizierung« von Männern auf der Straße nicht nur rechtswidrig, sondern auch kontraproduktiv für die Qualität der Streitkräfte sei, da unmotivierte Soldaten ihre Kampffähigkeit schwächen würden. Gewaltsame Zwangsmobilisierung durch TZK-Mitarbeitende scheint außerdem nicht nur dem Image der Streitkräfte, sondern auch dem der Ukraine als einem demokratischen Staat massiv zu schaden. »Bussifizierungen« werden von den Betroffenen daher als abwertende und erniedrigende Maßnahmen wahrgenommen. Ihre Wut richtet sich somit nicht nur gegen die russische Aggression, sondern auch gegen das eigene Staatssystem und seine Akteure.

Eine weitere Gemeinsamkeit in den Argumentationsmustern dieser beiden Geschlechtergruppen ist eine kritische bis negative Einstellung gegenüber Selenskyj und seiner Regierung. Die Hauptkritikpunkte beziehen sich auf Korruption und mangelnde Kompetenz auf verschiedenen staatlichen Ebenen, insbesondere in den ukrainischen Militärstrukturen. An der Armee als einer der zentralen Institutionen des Staates wird insbesondere kritisiert, dass Befehlshierarchien fachlichen Kompetenzen vorangestellt werden.

Auffällig ist außerdem, dass die meisten Befragten, die eine kritische Haltung zur Mobilisierung einnehmen, entweder nahe Familienangehörige an der Front haben oder selbst Kriegsdienst geleistet haben. Die stärkste Kritik an der Lage in der Armee und in der ukrainischen Staatsführung kommt von den befragten Männern, die sich nach der Vollinvasion 2022 freiwillig den ukrainischen Streitkräften angeschlossen haben. Trotz des fortschreitenden Krieges wünschen sich diese einen vollständigen Regierungswechsel und bevorzugen eine möglichst zeitnahe Durchführung von Neuwahlen.

Anders als bei den männlichen Respondenten mit einer loyalen Haltung zur Mobilisierung weisen die kritisch eingestellten Männer keine vergleichbar starke innere Zerrissenheit zwischen ihren Handlungen und ihren Vorstellungen von Pflicht auf. Um ihre Position zu begründen, greifen auch sie auf Rechtfertigungsstrategien zurück, wenden diese jedoch eher aus einer

offensiven Haltung heraus an. Ihre fehlende Motivation wird daher rhetorisch mit einem hohen Grad an Unzufriedenheit mit dem Staat als System sowie durch Enttäuschung über seine Führung erklärt. Die Vorwürfe beziehen sich zumeist auf das gestiegene Ausmaß an Korruption, die Nichteinhaltung von Gesetzen sowie den abwertenden Umgang staatlicher Akteure mit Bürgern. Hinzu kommt auch das Empfinden von Ungerechtigkeit in Bezug darauf, wer und wessen »Söhne« an die Front geschickt werden oder auch nicht.

Die häufigsten Handlungsoptionen, auf die befragte Männer mit kritischen Einstellungen zur Mobilisierung zurückgreifen, bestehen in der Suche nach Ausreisemöglichkeiten oder in Versuchen, Begegnungen mit TZK-Mitarbeitenden zu vermeiden, weshalb sie sich seltener im öffentlichen Raum aufhalten. Wenn ihnen die Ausreise aus der Ukraine nicht gelingt, entscheiden sich viele für die Option, sich zu verstecken. Dabei halten sie sich überwiegend zu Hause auf und üben eine Arbeitstätigkeit – falls vorhanden – möglichst im Homeoffice aus.

Die Annahme, dass diejenigen, die die Mobilisierung am stärksten kritisieren, auch nicht freiwillig an die Front gehen, scheint allerdings nur zum Teil zuzutreffen. Unter den Befragten mit solchen Einstellungen befinden sich nämlich auch Menschen mit Militärerfahrung sowie Personen, die aktuell im Militär dienen. Die Motivation derjenigen, die sich trotz Kritik an kriegsbedingten Maßnahmen den Streitkräften angeschlossen haben, kann daher weniger durch Loyalität gegenüber dem Staat und der Staatsführung erklärt werden. Vielmehr sind es eigene Überzeugungen und Bedürfnisse, die sie antreiben. Einerseits scheint dies ein Weg zu sein, ihren Widerstand gegenüber den russischen Besatzern aktiv zu äußern. Andererseits wird dies nicht als Verpflichtung und Loyalität gegenüber dem Regime, sondern eher als Maßnahme zur Verteidigung der eigenen Familie und des Heimatlandes angesehen.

Dabei können auch pragmatische Überlegungen eine Rolle spielen. Wenn sich Männer freiwillig den ukrainischen Streitkräften anschließen, haben sie die Möglichkeit, eigene Präferenzen bezüglich ihrer Einsatzfunktion und Militäreinheit anzugeben. Bei Männern mit Vorerfahrungen in anderen Kriegseinsätzen scheint ein weiterer Faktor relevant zu sein – die Gewöhnung an den militärischen Alltag. Diese kann sich bei einigen durch Schwierigkeiten bei der Anpassung ans Zivilleben äußern, beispielsweise in Form von posttraumatischer Belastungsstörung oder Adrenalinsucht.

### **Einstellungen zum Ausreiseverbot und zu ausgereisten Männern**

Das Ausreiseverbot für Männer stellt ein weiteres sensibles Thema für die ukrainische Gesellschaft dar. Nach dem Beginn der russischen Vollinvasion 2022 betraf das

Ausreiseverbot zunächst militärdienstpflichtige Männer im Alter von 18 bis 60 Jahren. Im August 2025 beschloss die ukrainische Regierung, die Ausreiseseinschränkungen für wehrpflichtige Männer von 18 bis 22 Jahren zu lockern, sodass aktuell das Ausreiseverbot nur für Männer im Alter von 23 bis 60 Jahren gilt.

Alle Interviews, die in der Analyse berücksichtigt wurden, fanden vor der Lockerung der Ausreiseregulungen statt. Die Analyse zeigt, dass die Unterstützung der Mobilisierung meistens mit einer verständnisvollen Haltung gegenüber dem Ausreiseverbot für Männer zusammenhängt. Die Befragten, die Mobilitätseinschränkungen bei Männern nachvollziehen können, betrachten diese als unangenehme, aber notwendige Maßnahme. Ihre Haltung basiert auf der Annahme, dass Ausreiseseinschränkungen einer der wenigen Hebel sind, um Männer im Land zu halten. Zur Unterstützung dieser Maßnahme wird am häufigsten argumentiert, dass ohne Ausreiseseinschränkungen ein Großteil der Männer ausreisen würde und die Ukraine ohne ausreichend Soldaten rasch von Russland eingenommen worden wäre.

Befragte, die der Mobilisierung kritisch gegenüberstehen, neigen jedoch auch dazu, die Reiseeinschränkungen zu verurteilen. Aus ihrer Argumentation wird deutlich, dass sie diese Maßnahme als Zeichen des Misstrauens der Regierung gegenüber den Bürgern wahrnehmen. Außerdem werden Reiseeinschränkungen unter anderem als ein weiterer Bereich angesehen, in dem Korruption vom Staat toleriert wird. Dies verstärkt das Gefühl, dass kriegsbedingte Einschränkungen vor allem diejenigen betreffen, die es sich finanziell nicht leisten können, sich davon freizukaufen bzw. sie zu umgehen.

In Bezug auf die Mobilisierung lassen sich keine klaren Unterschiede in den Einstellungen zwischen den Ausgereisten und den Verbliebenen feststellen. Die Unterstützer und Gegner der Mobilisierung auf beiden Seiten greifen zumeist auf ähnliche Erklärungsmuster zurück, um ihre Position zu begründen. Unterschiede zeigen sich jedoch in der Einstellung der beiden Geschlechtergruppen zu Männern, die ins Ausland ausgereist sind. Eine negative Einstellung gegenüber Männern im wehrdienstpflichtigen Alter, die sich im Ausland aufhalten, wurde dabei ausschließlich bei Befragten mit einer loyalen Haltung zur Mobilisierung festgestellt.

Insgesamt verurteilten die befragten Frauen die Ausgereisten deutlich häufiger als die männlichen Befragten. Dabei ließen sich zwei feste Argumentationsmuster beobachten: Bei dem einen handelt es sich um die moralische Überzeugung, dass die Verteidigung des Vaterlandes die Aufgabe der Männer sei. Bei dem anderen steht das Gefühl der Ungerechtigkeit im Vordergrund. Auffällig ist, dass die moralische Erwartung an die Männer, die vom Vaterland vorgeschriebene Pflicht zu erfüllen, zumeist von den befragten Frauen geäußert wird,



die keine Familienmitglieder haben, die von der Mobilisierung betroffen sein könnten. Frauen, die Familienmitglieder haben, die mobilisiert werden können oder bereits an der Front sind, verweisen dagegen eher auf die Ungleichbehandlung und die unfaire Verteilung staatsbürgerlicher Pflichten in der Gesellschaft.

Frauen, die der Mobilisierung kritisch gegenüberstehen, empfinden dagegen zumeist keine Abneigung gegenüber den ausgereisten Männern, unabhängig davon, ob sie in der Ukraine oder im Ausland wohnen. Sie betrachten dies als einen natürlichen Überlebensinstinkt und als Versuch, einer möglichen Lebensgefahr zu entkommen.

Unter den männlichen Respondenten auf beiden Seiten der Grenze ließ sich sowohl unter den Loyalen als auch unter den Kritikern der Mobilisierung in fast allen Fällen keine negative Einstellung gegenüber den ausgereisten Männern feststellen. Trotzdem scheinen ukrainische Männer, die nach 2022 ins Ausland ausgereist sind, mit einer inneren Zerrissenheit zu kämpfen. Dies äußert sich durch eine Dissonanz zwischen dem Wunsch, für sich selbst und die eigene Sicherheit zu sorgen, und dem sozialen Erwartungsdruck, der selbstschützendes Verhalten als unwürdig oder eigennützig einstuft. Die Unterstützer der Mobilisierung empfinden diesen inneren Konflikt noch stärker, da ihre Handlungen ihren eigenen Überzeugungen widersprechen. Um diese Dissonanzen zu bewältigen, greifen sie auf die zuvor beschriebenen Rechtfertigungsstrategien zurück.

Männer im wehrdienstpflichtigen Alter aus der Ukraine, die sich in Deutschland aufhalten, werden jedoch selten mit offenen Konfrontationen und direkten Anschuldigungen konfrontiert. Dies liegt vor allem daran, dass in Gesprächen normalerweise direkte Nachfragen vermieden werden, wie man bei aktuellen Reisebeschränkungen aus der Ukraine ausreisen konnte.

Eine verurteilende Einstellung gegenüber ausgereisten Männern ließ sich nur bei männlichen Respondenten erkennen, die nach der Vollinvasion in der Ukraine geblieben sind und die Mobilisierungsmaßnahmen insgesamt unterstützen. Ihre verurteilende Haltung basiert auf einer Mischung aus moralischen Überzeugungen und dem Gefühl der Ungerechtigkeit. Die Ausreise wird als unwürdig und egoistisch betrachtet, vergleichbar mit einer Flucht vom sinkenden Schiff. Doch auch bei festen moralischen Überzeugungen, dass die Verteidigung des Vaterlandes eine selbstverständliche Bürgerpflicht sei und daher von allen ukrainischen Männern gemeinsam getragen werden müsse, entsteht eine innere Dissonanz, wenn man nicht entsprechend den eigenen Erwartungen handelt.

## Resümee

Die Ergebnisse der Analyse zeigen, dass die Mobilisierungsmaßnahmen und Ausreisebeschränkungen für Männer in der Ukraine nicht nur rechtlich und organi-

satorisch äußerst komplex sind, sondern auch tief in die gesellschaftlichen Selbstbilder, Rollenverständnisse und Gerechtigkeitsvorstellungen eingreifen. Die rekonstruierten Haltungsmuster reichen von loyaler Akzeptanz der Mobilisierung als notwendiger, wenn auch unvollkommener Maßnahme zur Landesverteidigung bis hin zu scharfer Kritik. Kritische Einstellungen entstehen aus einem Zusammenspiel von persönlicher Betroffenheit, institutionellem Misstrauen und erlebter Ungerechtigkeit. Besonders deutlich wird, dass persönliche Nähe zum Krieg – etwa durch eigene Fronterfahrung oder durch im Einsatz befindliche Familienangehörige – häufiger mit kritischeren Einstellungen einhergeht und die Wahrnehmung des Staates als fürsorglich oder missbräuchlich prägt.

Zugleich zeigen die Interviews ausgeprägte innere Dissonanzen. Betroffen sind insbesondere Männer, die die Mobilisierung zwar grundsätzlich unterstützen, aber nicht freiwillig an die Front gehen wollen, sowie im Ausland lebende Männer, die zwischen Selbstschutz und gesellschaftlichen Erwartungsnormen hin- und hergerissen sind.

Die Untersuchung der Einstellungen zu ausgereisten Männern zeigt außerdem deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede: Frauen mit loyaler Haltung und ohne mobilisierbare Angehörige argumentieren vor allem moralisch und gehen von einer Pflicht der Männer zur Verteidigung des Vaterlandes aus. Frauen mit mobilisierten oder frontnahen Familienmitgliedern betonen dagegen eher Fragen von Ungleichheit und ungleicher Lastenverteilung. Kritisch eingestellte Frauen und Männer interpretieren Ausreiseentscheidungen hingegen eher als Ausdruck legitimer Überlebensstrategien.

Aus der Analyse geht zudem hervor, dass sich die meisten Kritikpunkte an der Mobilisierung – zumindest jene, die offen angesprochen werden – nicht auf das Mobilisierungsgesetz selbst, sondern auf dessen Umsetzung beziehen. Unabhängig von ihrer generellen Haltung zur Mobilisierung kritisieren die Befragten vor allem gewaltsame Zwangsmobilisierungen, die der Staat zur Verstärkung der Armee in Kauf nimmt, ohne die Missstände bei den TZK zu ahnden. Solche »Bussifizierungen« schaden demnach sowohl dem innen- als auch dem außenpolitischen Image der Ukraine und demotivieren die Betroffenen, zur Landesverteidigung beizutragen.

Insgesamt zeigt die Analyse, dass sich hinter scheinbar eindeutigen Kategorien wie »loyal« versus »kritisch« hoch ambivalente, kontextabhängige und oft widersprüchliche Deutungsmuster verbergen. Deutlich wird außerdem, dass loyale Haltungen nicht automatisch zu einer realen Bereitschaft zum Kriegsdienst führen. Die Diskrepanz zwischen Vorstellung und tatsächlichem Handeln führt häufig zu innerer Zerrissenheit und Schuldgefühlen. Solche Dissonanzen münden

in moralische Aushandlungsprozesse, in denen je nach Ausgangslage unterschiedliche Rechtfertigungsstrategien zum Tragen kommen. Dies zeigt, dass Mobilisierung und Ausreisebeschränkungen weit über sicherheits-

politische Aspekte hinausgehen und Grundfragen von Verantwortung, Gerechtigkeit, persönlicher Autonomie und Rollenverständnissen berühren. Sie bedürfen daher weiterer Untersuchung.

#### Über die Autorin

*Yana Lysenko* ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Forschungsstelle Osteuropa der Universität Bremen. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in der Konfliktforschung, insbesondere mit Fokus auf Ukraine-Russland-Beziehungen, sowie in der Analyse von De-facto-Staaten, Identitäten und Zivilgesellschaft in Krisenzeiten.

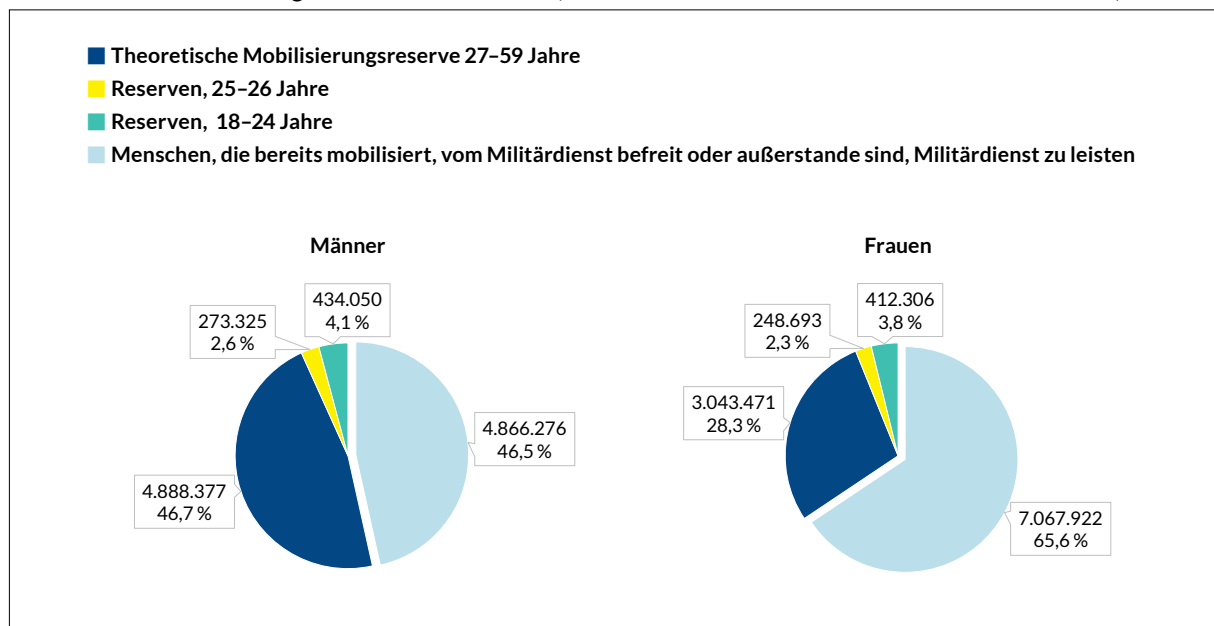
#### Lesetipps

- Rose, Sofie (2024): Nation of heroes: state stigmatisation of Ukrainian men who flee the war, *Critical Studies on Security*, DOI: 10.1080/21624887.2024.2398848
- Reshetnikov, Anatoly (2025): Regaining cohesion: a study of discursive preconditions for mobilization in the Russia-Ukraine war, *Journal of International Relations and Development*, DOI: 10.1057/s41268-025-00350-z

## DOKUMENTATION

## Statistiken und Fakten zur Mobilisierung

**Grafik 1: Mobilisierungsreserve in der Ukraine (Männer und Frauen im Alter zwischen 18–59 Jahren)**



Für eine genaue Berechnung der Mobilisierungsreserve siehe Tabelle 1 umseitig.





Quelle: Skilkoch Ijudej schtsche moschna mobilisuwaty. Interaktywnyj kalkulyator mobilizacijnoho rezervu (Wie viele Personen noch mobilisiert werden können, Texty.org, 03. März 2025, [https://texty.org.ua/projects/114500/kalkulyator-mobilizacijnoho-rezervu/?src=top\\_projects\\_banner&from=115575](https://texty.org.ua/projects/114500/kalkulyator-mobilizacijnoho-rezervu/?src=top_projects_banner&from=115575)). Anmerkung: Texty stellt auch einen Rechner zur Verfügung, der in Abhängigkeit der Größe und Kombination verschiedener Variablen statistische Wahrscheinlichkeiten für die Mobilisierungsreserve berechnet.

**Tabelle 1: Berechnung der Mobilisierungsreserve in der Ukraine (Männer und Frauen im Alter zwischen 18–59 Jahren)**

Kategorie	Männer 18–59	Frauen 18–59	% Männer 18–59	% Frauen 18–59
Insgesamt	10.462.028	10.772.392	100,00 %	100,00 %
Aktive Soldat:innen und militärische Verluste	1.300.000	70.000	6,00 %	1,30 %
Verluste durch russische Besatzung	569.841	517.578	5,45 %	4,80 %
Emigriert	659.319	1.694.960	6,30 %	15,73 %
Behinderung / Invalidität	1.020.464	692.264	9,75 %	6,43 %
Pflegepersonen / Betreuende Angehörige	125.410	186.376	1,20 %	1,73 %
Erziehungsberechtigte von drei und mehr Kindern	122.548	122.548	1,17 %	1,14 %
Studierende	407.593	349.567	24,19 %	22,11 %
Wissenschaftler:innen / Forschende	107.477	312.636	1,03 %	2,90 %
Freistellung vom Militärdienst aufgrund beruflicher Tätigkeit	528.000	528.000	5,05 %	4,90 %
Gefängnisinsassen	25.625	1.406	0,24 %	0,01 %
Bereinigung für andere Kategorien Jugendlicher	707.374	660.999	33,82 %	36,08 %
% Frauen, die keine Kinder erziehen				54,00 %
Theoretische Mobilisierungsreserve 27–59 Jahre	4.888.377	3.043.471		
Reserven, 25–26 Jahre	273.325	248.693		
Reserven, 18–24 Jahre	434.050	412.306		

Quelle: Skilkoch Iľujej schtsche moschna mobilisuwaty. Interaktywnyj kalkulyator mobilizacijnoho reserwu (Wie viele Personen noch mobilisiert werden können, Texty.org, 03. März 2025, [https://texty.org.ua/projects/114500/kalkulyator-mobilizacijnoho-rezervu/?src=top\\_projects\\_banner&from=115575](https://texty.org.ua/projects/114500/kalkulyator-mobilizacijnoho-rezervu/?src=top_projects_banner&from=115575)). Anmerkung: Texty stellt auch einen Rechner zur Verfügung, der in Abhängigkeit der Größe und Kombination verschiedener Variablen statistische Wahrscheinlichkeiten für die Mobilisierungsreserve berechnet.

**Tabelle 2: Strafen für Wehrdienstverweigerung während der Generalmobilmachung in der Ukraine (2022–2025)**

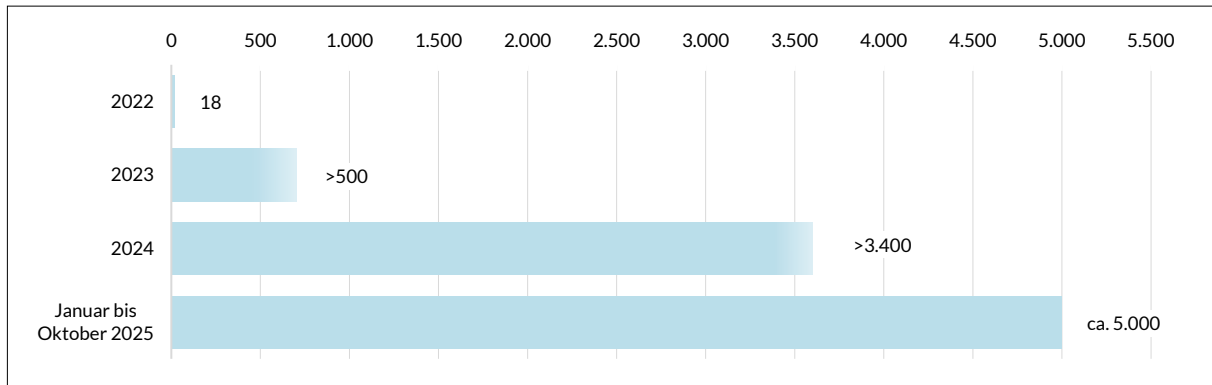
Jahr	Strafverfahren wegen Wehrdienstverweigerung während der Generalmobilmachung*				Ordnungsstrafen
2022	2.431				keine Daten
2023	6.745				keine Daten
2024	7.017				keine Daten
Erstes Halbjahr 2025	1.847				> 28 000

\* Art. 336 des ukrainischen Strafgesetzbuches, zwei bis fünf Jahre Haft

\*\* Geldbußen für vorsätzliche Wehrdienstverweigerung während der Generalmobilmachung, nach der Gesetzesänderung im April 2024 zwischen 17.000 und 25.500 Hrywnja, also ca. 350€ bis 520€

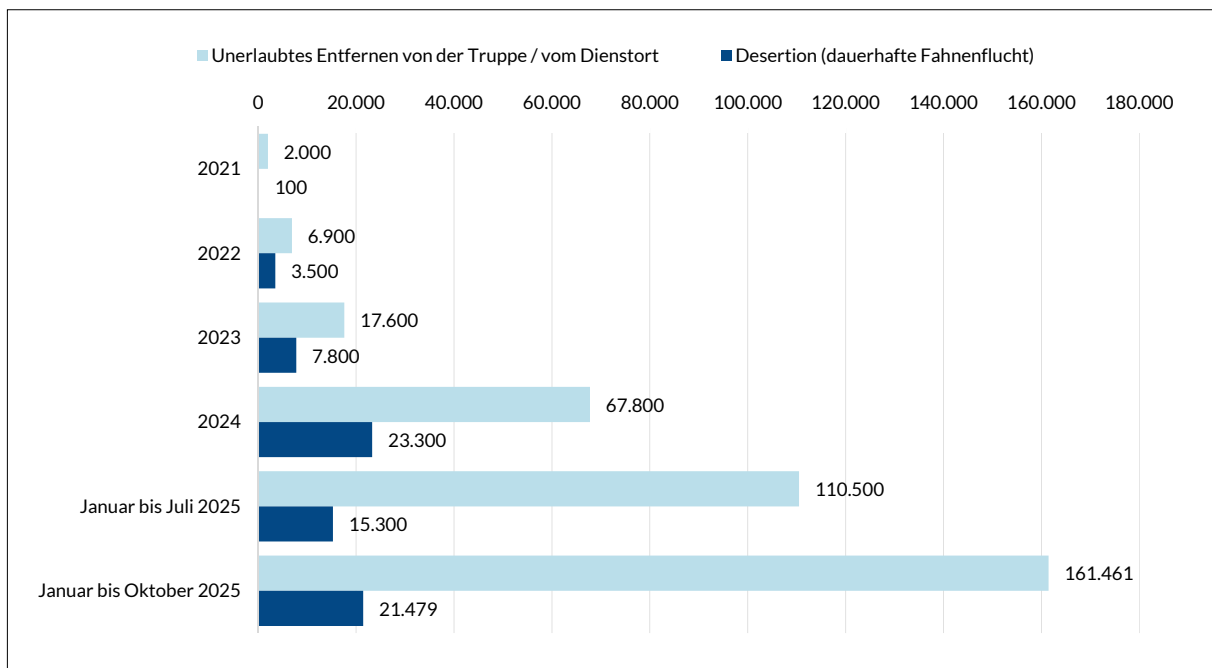
Jewhenija Koroljowa: Armija uchiljantiw. Skilky ukrainziw unikajut wijskowej sluschby, jak smynilos stawlennja do nych suspilstwa i do tscheho ze wede [Die Armee der Wehrdienstverweigerer. Wie viele Ukrainer entziehen sich dem Militärdienst, wie hat sich die Einstellung der Gesellschaft ihnen gegenüber verändert und wohin führt das?] NV.ua, 3. September 2025, <https://nv.ua/ukr/ukraine/events/mobilizacija-v-ukrajini-3-osnovni-prichini-chomu-uhilyanti-ne-ydut-v-armiyu-i-chi-bude-dlya-nih-amnistiya-50541948.html>.

**Grafik 2: Beschwerden beim Menschenrechtsbeauftragten der Ukraine über die Territorialen Rekrutierungszentren in Bezug auf die Mobilisierung 2022–Oktober 2025**



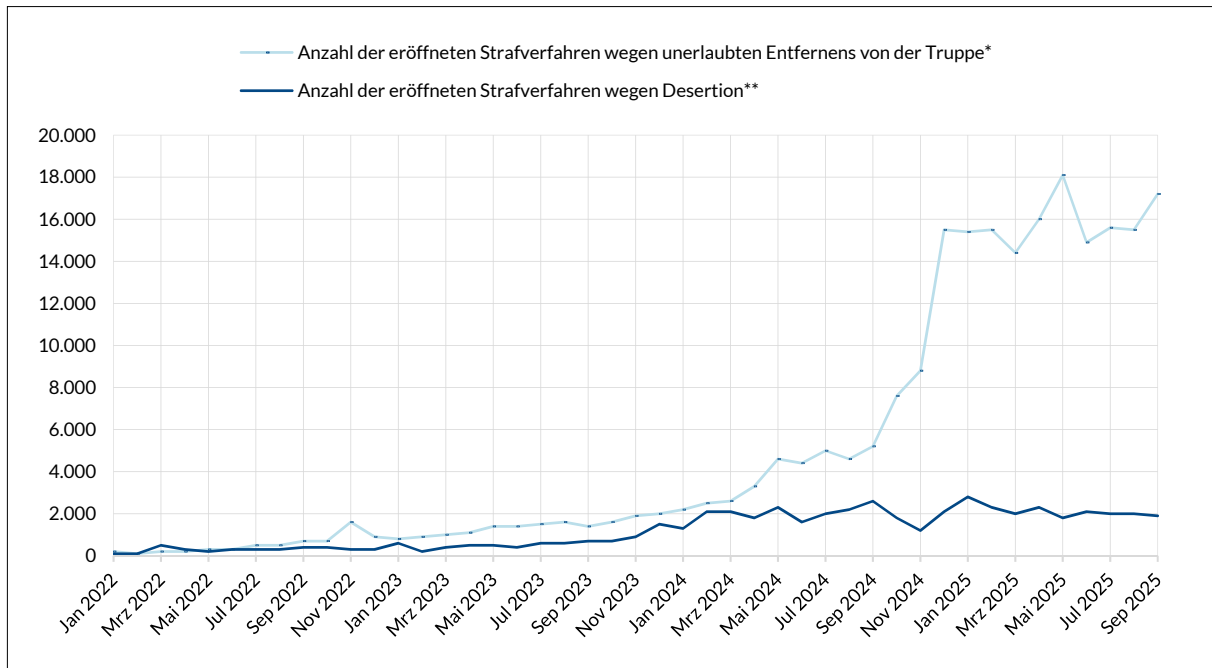
Quelle: Anhelyna Strashkulytsch: Korupzija, hra w chowanky i kumiwstwo. Jak miliony «uchyljantiw» unykajut widpowidalnosti w Ukraini [Korruption, Versteckspiel und Vetternwirtschaft. Wie Millionen von »Wehrdienstverweigerern« sich in der Ukraine ihrer Verantwortung entziehen], Ukrainska Pravda, 5. November 2025, <https://www.pravda.com.ua/articles/2025/11/05/8005881/>.

**Grafik 3: Unerlaubtes Entfernen von der Truppe und Desertion in den ukrainischen Streitkräften 2021–2025 laut Generalstaatsanwaltschaft**



Quellen: S potschatku roku ponad 110 tysjatsch wijskowych zalyschyly tschastyny bes doswolu – Ofis genprokurora [Seit Jahresbeginn haben sich über 110 000 Soldaten von ihren Einheiten entfernt – Generalstaatsanwaltschaft]. Ukrainska Pravda, 26. August 2025, <https://www.pravda.com.ua/news/2025/08/26/7527905/> und «Ze realna nebespeka dlja Ukrainy». Tschy dijsno u schowtni rekordna kilkist SSchTsch s wijska [»Das ist eine echte Gefahr für die Ukraine.« Warum es im Oktober wirklich eine Rekordzahl von unerlaubtem Entfernen von der Truppe geben wird], BBC Ukraina, 7. November 2025, <https://www.bbc.com/ukrainian/articles/c3vn7vzl105o>.



**Grafik 4: Eröffnete Strafverfahren wegen unerlaubten Entfernens von der Truppe und Desertion (2022–2025)**

	Anzahl der eröffneten Strafverfahren wegen unerlaubten Entfernens von der Truppe*	Anzahl der eröffneten Strafverfahren wegen Desertion**
Jan. 2022	200	<100
Feb. 2022	100	<100
März 2022	200	500
Apr. 2022	200	300
Mai 2022	300	200
Juni 2022	300	300
Juli 2022	500	300
Aug. 2022	500	300
Sept. 2022	700	400
Okt. 2022	700	400
Nov. 2022	1.600	300
Dez. 2022	900	300
Jan. 2023	800	600
Feb. 2023	900	200
März 2023	1.000	400
Apr. 2023	1.100	500
Mai 2023	1.400	500
Juni 2023	1.400	400
Juli 2023	1.500	600
Aug. 2023	1.600	600
Sept. 2023	1.400	700
Okt. 2023	1.600	700
Nov. 2023	1.900	900

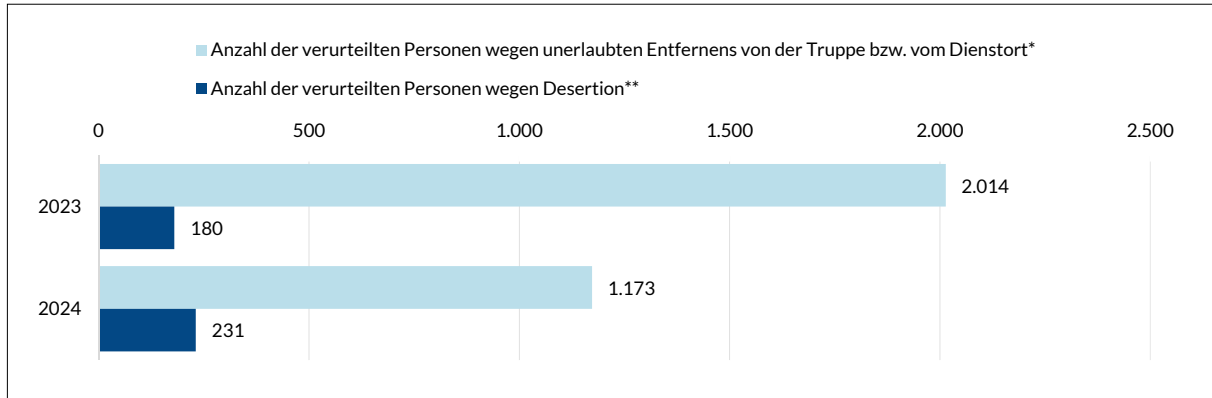
	Anzahl der eröffneten Strafverfahren wegen unerlaubten Entfernens von der Truppe*	Anzahl der eröffneten Strafverfahren wegen Desertion**
Dez. 2023	2.000	1.500
Jan. 2024	2.200	1.300
Feb. 2024	2.500	2.100
März 2024	2.600	2.100
Apr. 2024	3.300	1.800
Mai 2024	4.600	2.300
Juni 2024	4.400	1.600
Juli 2024	5.000	2.000
Aug. 2024	4.600	2.200
Sept. 2024	5.200	2.600
Okt. 2024	7.600	1.800
Nov. 2024	8.800	1.200
Dez. 2024	15.500	2.100
Jan. 2025	15.400	2.800
Feb. 2025	15.500	2.300
März 2025	14.400	2.000
Apr. 2025	16.000	2.300
Mai 2025	18.100	1.800
Juni 2025	14.900	2.100
Juli 2025	15.600	2.000
Aug. 2025	15.500	2.000
Sept. 2025	17.200	1.900

\* Artikel 407 des Strafgesetzbuches der Ukraine

\*\* Artikel 408 des Strafgesetzbuches der Ukraine

Quelle: Wid potschatku wtorgnennja w Ukraini widkryly ponad 230.000 sprav sa SSchTsch ta 53.000-za desertystwo [Seit Beginn der Invasion in die Ukraine wurden mehr als 230.000 Strafverfahren wegen unerlaubten Entfernens von der Truppe und 53.000 wegen Desertion eingeleitet], Slovo i Dilo, 28. Oktober 2025, <https://www.slovoidilo.ua/2025/10/28/infografika/suspilstvo/pochatku-vtorhnnennja-ukrayini-vidkryly-230-tysyach-sprav-szcz-ta-53-tysyachi-dezertystwo>.

**Grafik 5: Anzahl verurteilter Personen wegen unerlaubten Entfernens von der Truppe/vom Dienstort und Desertion (2023–2024)**

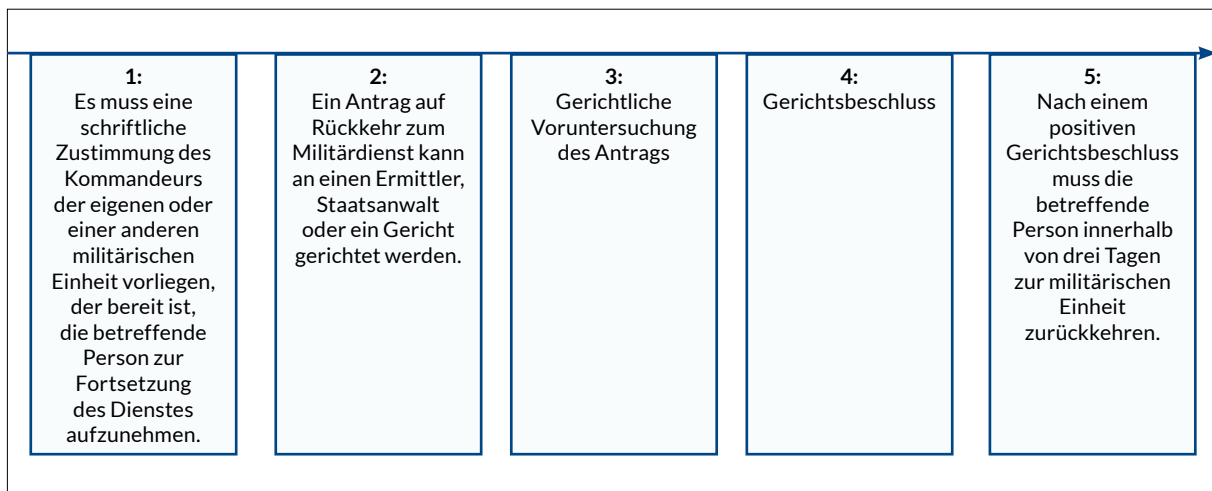


\* Artikel 407 des Strafgesetzbuches der Ukraine

\*\* Artikel 408 des Strafgesetzbuches der Ukraine

Quelle: Anhelina Strashkulytsch: Armija SSchTsch. Jak prazjuje mechanism powernennja na sluschbu i schtscho s nym ne tak [Die Armee und das unerlaubte Entfernen von der Truppe: Wie funktioniert die Rückkehr in den Dienst und was funktioniert daran nicht], Ukrainska Pravda, 14. Oktober 2025, <https://www.pravda.com.ua/articles/2025/10/14/8002610/>.

**Grafik 6: Ablauf der Rückkehr zum Militärdienst nach dem unerlaubten Entfernen von der Truppe/vom Dienstort oder Desertion (Stand: Oktober 2025)**

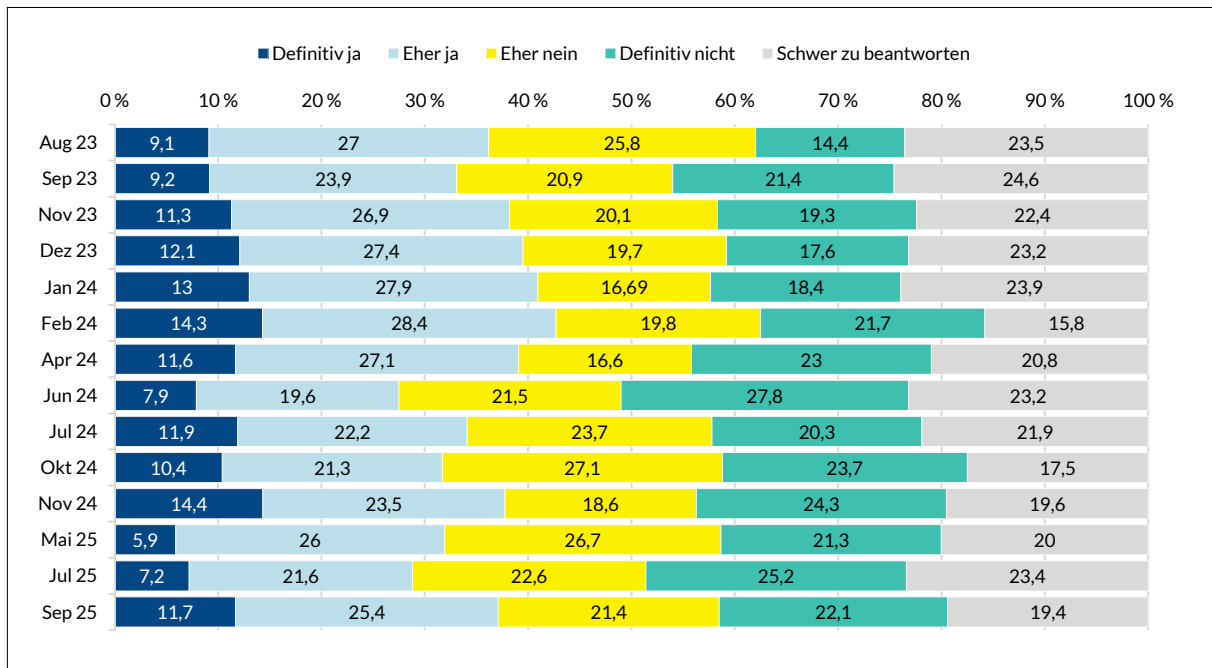


Quelle: Anhelina Strashkulytsch: Armija SSchTsch. Jak prazjuje mechanism powernennja na sluschbu i schtscho s nym ne tak [Die Armee und das unerlaubte Entfernen von der Truppe: Wie funktioniert die Rückkehr in den Dienst und was funktioniert daran nicht], Ukrainska Pravda, 14. Oktober 2025, <https://www.pravda.com.ua/articles/2025/10/14/8002610/>.

## UMFRAGEN

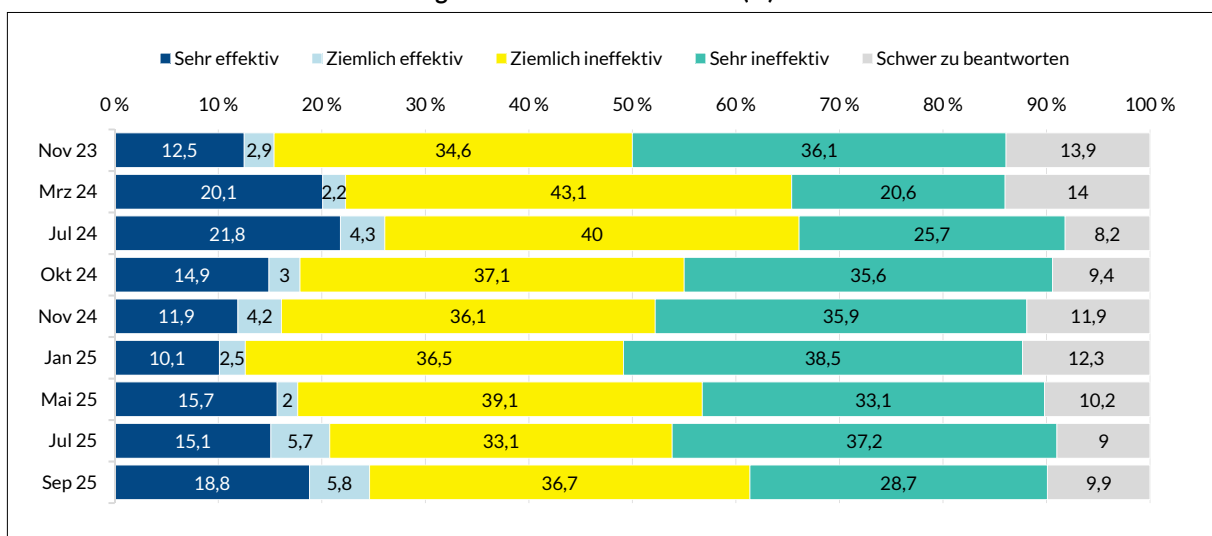
## Einstellungen der ukrainischen Bevölkerung zur Mobilisierung

Grafik 1: Sollte die Mobilisierung in der Ukraine Ihrer Ansicht nach verstärkt werden? (%)



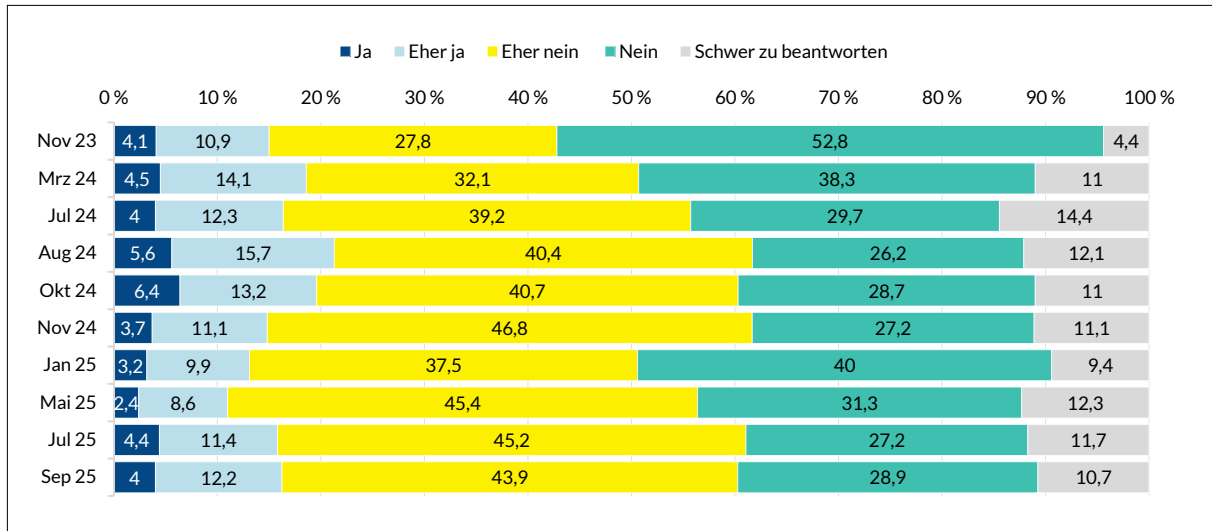
Quelle: Active Group: Regelmäßige repräsentative (Alter, Geschlecht, Region) Online-Umfrage über Einstellungen zur Mobilisierung in der Ukraine, 07. September 2025, <https://activegroup.com.ua/2025/09/07/mobilizaciya/>.

Grafik 2: Halten Sie die Mobilisierung in der Ukraine für effektiv? (%)



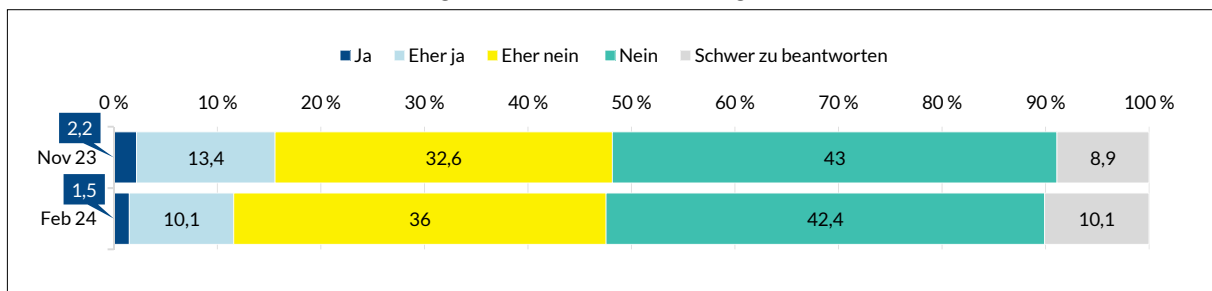
Quelle: Active Group: Regelmäßige repräsentative (Alter, Geschlecht, Region) Online-Umfrage über Einstellungen zur Mobilisierung in der Ukraine, 07. September 2025, <https://activegroup.com.ua/2025/09/07/mobilizaciya/>.

**Grafik 3: Kann das aktuelle System der Rekrutierungs- und Unterstützungszentren (TZK ta SP) Ihrer Meinung nach eine effektive Mobilisierung gewährleisten? (%)**



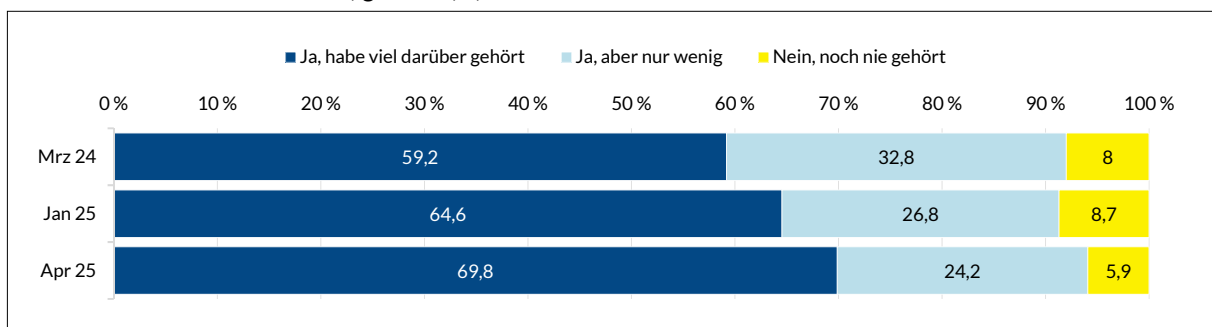
Quelle: Active Group: Regelmäßige repräsentative (Alter, Geschlecht, Region) Online-Umfrage über Einstellungen zur Mobilisierung in der Ukraine, 07. September 2025, <https://activegroup.com.ua/2025/09/07/mobilizaciya/>.

**Grafik 4: Halten Sie das Mobilisierungssystem in der Ukraine für gerecht? (%)**



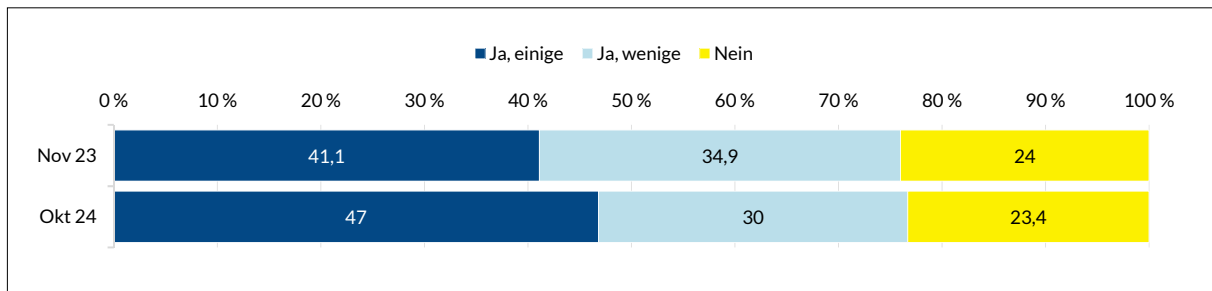
Quelle: Active Group: Regelmäßige repräsentative (Alter, Geschlecht, Region) Online-Umfrage über Einstellungen zur Mobilisierung in der Ukraine, 07. September 2025, <https://activegroup.com.ua/2025/09/07/mobilizaciya/>.

**Grafik 5: Haben Sie in den letzten Monaten von Verstößen bei den militärärztlichen Kommissionen (wijsko-wo-likarski komisii) gehört? (%)**

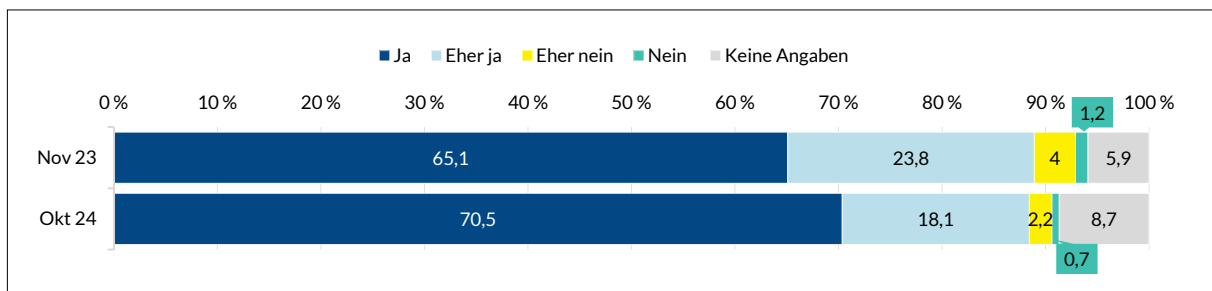


Quelle: Active Group: Regelmäßige repräsentative (Alter, Geschlecht, Region) Online-Umfrage über Einstellungen zur Mobilisierung in der Ukraine, 07. September 2025, <https://activegroup.com.ua/2025/09/07/mobilizaciya/>.

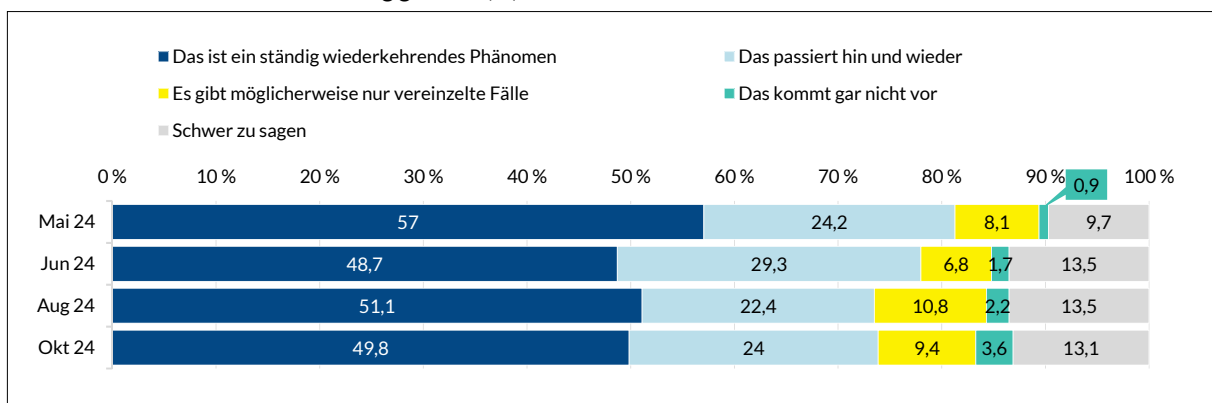


**Grafik 6: Kennen Sie Männer, die den Wehrdienst während der Generalmobilmachung verweigern? (%)**

Quelle: Active Group: Regelmäßige repräsentative (Alter, Geschlecht, Region) Online-Umfrage über Einstellungen zur Mobilisierung in der Ukraine, 07. September 2025, <https://activegroup.com.ua/2025/09/07/mobilizaciya/>.

**Grafik 7: Halten Sie eine Reform des Systems der territorialen Rekrutierungszentren (TZK) für notwendig? (%)**

Quelle: Active Group: Regelmäßige repräsentative (Alter, Geschlecht, Region) Online-Umfrage über Einstellungen zur Mobilisierung in der Ukraine, 07. September 2025, <https://activegroup.com.ua/2025/09/07/mobilizaciya/>.

**Grafik 8: Haben Sie von Verstößen im Zusammenhang mit der Freistellung vom Wehrdienst während der Generalmobilmachung gehört? (%)**

Quelle: Active Group: Regelmäßige repräsentative (Alter, Geschlecht, Region) Online-Umfrage über Einstellungen zur Mobilisierung in der Ukraine, 07. September 2025, <https://activegroup.com.ua/2025/09/07/mobilizaciya/>.

## Wie blicken Soldaten auf den Krieg? Eine Analyse von Interviews mit russischen und ukrainischen Soldaten

Jannik Steinwender, Elisha Iannucci-Laqua, Konstantin Drascek (alle Universität Regensburg)

DOI: 10.31205/UA.324.03

### Zusammenfassung

In dieser Analyse werden die Einstellungen zum Militärdienst von russischen und ukrainischen Soldaten in Russlands Krieg gegen die Ukraine verglichen. Dafür wurden 67 Sekundärinterviews aus den Jahren 2022 und 2023 ausgewertet. Während russische Soldaten überwiegend unfreiwillig durch Zwang oder Täuschung eingezogen wurden, zeichnete sich die Rekrutierung in der Ukraine vorwiegend durch Freiwilligkeit und patriotische Motivation aus. Diese unterschiedlichen Rekrutierungsmuster beeinflussen maßgeblich die Moral der Soldaten, die Kohäsion der Einheiten und das Verhältnis zu Offizieren. Die Ergebnisse legen nahe, dass die Mobilisierung für die Streitkräfte nicht nur organisatorisch, sondern auch hinsichtlich der Intensität der Überzeugung, der Beweggründe der Soldaten, der wahrgenommenen militärischen Effektivität der Truppe sowie der Rückkehr ins zivile Leben von entscheidender Bedeutung ist.

### Propaganda vs. persönliche Perspektive

*»The soldier above all others prays for peace, for it is the soldier who must suffer and bear the deepest wounds and scars of war.«*

*Douglas MacArthur*

Die Soldaten sind die ersten Leidtragenden eines Krieges. Sie stehen an vorderster Front und sind den größten täglichen Leiden ausgesetzt. Sie sind es, die den Krieg austragen und bestimmen, wie er geführt wird.

Im Fall der Mobilisierung sind sie es, die die größten Lasten tragen. Von der Einberufung über ihren Alltag in der von Offizieren geführten Einheit bis hin zu ihren grundlegenden Überzeugungen sind sie es, die mit ihrer Motivation den Verlauf des Krieges bestimmen. Die Unterschiede zwischen einer Einberufung unter Zwang und einem freiwilligen Eintritt in das Militär sind dafür ausschlaggebend. Dies zeigen auch die von uns ausgewerteten Daten für die Ukraine und Russland. Armeen, die durch Überzeugung getragen sind, kämpfen effektiver und effizienter. Zudem gestaltet sich die Einberufung weiterer Zivilisten, die Demobilisierung und die Rückführung der Soldaten ins zivile Leben einfacher. Armeen, die durch Zwang gebildet werden, zeigen in allen drei Kategorien Mängel auf: Die Kohäsion ist beeinträchtigt, weitere Einberufungswellen sind nur unter weiterem Druck umsetzbar. Und die Rückkehr ins zivile Leben ist unter diesen Umständen noch schwerer. Die Analyse öffentlich zugänglicher Interviews ermöglicht einen Einblick in die Einstellungen der Soldaten und einen Vergleich zwischen der ukrainischen und der russischen Armee. Auf Grundlage von 67 Interviews werden im Folgenden die Erfahrungen bei der Einberufung, der Dienstzeit und die Überzeugung der Soldaten dargestellt und verglichen.

### Datenlage

Die russischen Streitkräfte sind eine Berufsmarine, die seit der Teilmobilisierung im September 2022 um Reservisten und zwangsverpflichtete Männer erweitert wird. Ein Großteil der analysierten Interviews bezieht sich auf diese Gruppe. Söldner der Gruppe Wagner werden in dieser Analyse nicht betrachtet.

Die ukrainische Armee setzt sich aus Berufssoldaten, Soldaten, die sich freiwillig der Truppe angeschlossen haben und Soldaten zusammen, die im Zuge der Generalmobilisierung seit Februar 2022 einberufen wurden. Mit zunehmender Dauer verschob sich das Verhältnis zwischen freiwilligen und eingezogenen Soldaten zulasten der Mobilisierten.

Die von uns analysierten Interviews wurden von Medien geführt, die über ihr Impressum eindeutig zu identifizieren waren. Die Medien wurden von uns nach ihrem Grad der Voreingenommenheit bewertet: 46 der 65 Interviews wurden von Medien mit neutraler Berichterstattung veröffentlicht. Die Ergebnisse der Stichprobe sind daher nur bedingt verallgemeinerbar und sollten mit entsprechender Vorsicht betrachtet werden.

In 27 Interviews wurde die Methode der Einberufung thematisiert (siehe Grafik 1 auf S. 26). Es gibt einen offensichtlichen Unterschied zwischen den russischen und ukrainischen Soldaten in unserer nicht-repräsentativen Stichprobe: Die überwiegende Zahl der russischen Soldaten sind im Zuge der Teilmobilisierung einberufen worden, während alle ukrainischen Soldaten sich freiwillig gemeldet haben.

Viele der russischen Soldaten sind unfreiwillig in den Kampf geschickt worden. Einige von ihnen wurden mit Desinformationen aus dem Ausland oder aus der Haft heraus angeworben. Sie wurden belogen, dass ihr Wehrdienst ungefährlich sei oder ein hoher Sold bezahlt würde.

Einige durften nach dem Eintritt in die Armee nicht ausscheiden und wurden gezwungen, weiterzukämpfen. Andere wurden zwangsmobilisiert. Einige zogen freiwillig in den Krieg und sind deswegen auch stark ideologisch motiviert. Ein Rekrut möchte ein »Russisches Imperium der Slawen« errichten, ein anderer träumt von einem »Großrussland« und davon, die »Banderiten« zu besiegen. Andere Interviewte wiederum sind Berufssoldaten oder dienten schon in früheren Kriegen und traten später eine zweite Dienstzeit an. Bei den russischen Soldaten in unserer Stichprobe überwiegt aber die Zwangsrekrutierung.

Unter den interviewten ukrainischen Soldaten beschwerte sich nur einer über die Anwendung von Zwang. Er gehöre zu »jenen, die es nicht geschafft haben, der Mobilisierung zu entkommen«. Der befragte Soldat beschwert sich, dass Personal fehle und »alle Freiwilligen sich schon vor einer ganzen Weile der Armee angeschlossen hatten«. Im Interview spricht er davon, dass viele neuen Soldaten unfreiwillig einberufen worden waren. Auf ukrainischer Seite kämpfen also Mobilisierte und Freiwillige, jedoch weisen die meisten eine hohe Motivation auf, ihre Heimat, Familie oder ihre Freiheit zu schützen. Die überwiegende Mehrzahl berichtet, dass sie sich aus diesen Gründen freiwillig der ukrainischen Armee angeschlossen hat, teilweise sogar schon 2014 nach dem russischen Angriff auf den Donbas, aber vor allem nach dem Angriffskrieg Russlands 2022. Einige Veteranen des Donbas-Krieges hielten sich nach ihrer Dienstzeit bereit für den nächsten russischen Angriff, einer berichtet: »Ich habe eine AKM 7.62 und Munition gekauft und mich auf eine neue Offensive der Russen vorbereitet.« Diese Vorbereitung und der Wiedereintritt aus der Reserve in die aktiven Streitkräfte ist kein Einzelfall.

Das Verhältnis zwischen Soldaten und ihren vorgesetzten Offizieren wurde in insgesamt 29 Interviews angesprochen und anhand von Aspekten wie deren taktischen Kompetenz, Führungsqualität und den zwischenmenschlichen Fähigkeiten ausgewertet (siehe Grafik 2 auf S. 26).

Russische Soldaten berichten von einer willkürlichen und korrupten Führung, die oftmals der Selbstbereicherung der Offiziere zu dienen scheint. Es werden beispielsweise Urlaubstage an den Meistbietenden verkauft oder die Plünderung ziviler Einrichtungen befohlen. Teilweise können die Offiziere bei Operationen gegen zivile Ziele sogar mit Beförderungen rechnen. Auch die persönliche Führungsstärke der Vorgesetzten wird häufig infrage gestellt. Alkoholmissbrauch, Massenbestrafungen sowie willkürliche Gewalt gegenüber den eigenen Soldaten werden häufig beanstandet. Die taktische Kompetenz der Offiziere sehen die Interviewten ebenfalls kritisch. Es häufen sich Berichte über Eigenbeschuss, taktische Fehlentscheidungen mit hohen Verlusten oder völlige Plan-

losigkeit in den Einheiten. Die Interviewten gewannen den Eindruck, dass ihr Leben von der Militärführung und den Offizieren nicht wertgeschätzt wird. Ein Soldat bringt es auf den Punkt: »Mobilisierte werden nicht als Menschen betrachtet«.

Ukrainische Offiziere verfügen über größere taktische Entscheidungsbefugnis und binden ihre Untergebenen durch eine flache Hierarchie stärker in die Operationsplanung und Informationsgewinnung ein. Während Offiziere in der Anfangsphase des Krieges oft als unerfahren und planlos wahrgenommen wurden, werden sie mittlerweile meist als bedacht und kompetent eingestuft. Die Entwicklung neuer Taktiken und Techniken wird außerdem durch Freiräume bei der Umsetzung von Befehlen sowie eine Kultur von »militärischen Start-ups« (also kleinen Einheiten mit der Befugnis, Waffensysteme oder Taktiken selbst zu entwickeln und zu nutzen) bewusst durch die Offiziere gefördert. Dem Verhältnis zwischen ukrainischen Offizieren und ihren Untergebenen liegt die Wertschätzung individueller Leben zugrunde. Die Offiziere werden als empathisch beschrieben und sorgen sich um das Wohl ihrer Untergebenen: »In erster Linie ist ein Vorgesetzter ein normaler, verständnisvoller und einfühlsamer Mensch, der mit seinen Untergebenen vertraut ist«. Auch an der emotionalen Verarbeitung von Verlusten nehmen die Offiziere direkt teil. Kritisiert wird allerdings die Belastung der Führungskräfte durch administrative Tätigkeiten, die eigentlich auf einer höheren Ebene übernommen werden sollten.

Neben den Offizieren prägen insbesondere die Kameraden das Umfeld der Soldaten. In 37 Interviews äußerten sich Soldaten über Zusammenhalt, Moral und Professionalität ihres Truppenteils (siehe Grafik 3 auf S. 27).

Russische Soldaten berichten, dass administrative Probleme wie ausbleibender Sold oder offene Verstöße gegen den Dienstvertrag die Stimmung in der Einheit belasten und zu Spannungen im Gefecht und in Ruhephasen führen. Die schlechten Lebensbedingungen schüren zudem einen andauernden Konkurrenzkampf in den Einheiten. Verschiedene Interviewpartner bemängeln die fehlende Disziplin und sehen darin einen Zusammenhang mit der Plünderung ziviler Einrichtungen und der Misshandlung von Zivilisten. Um den Zuständen an der Frontlinie zu entkommen, konsumieren russische Soldaten Drogen oder verletzen sich selbst bis zur Einsatzunfähigkeit. Der Fronteinsatz lastet schwer auf den Interviewten, sie haben das Gefühl, vollkommen verzichtbar zu sein. Verletzte Kameraden werden häufig zurückgelassen, und die Soldaten bekommen dabei das Gefühl, lediglich »lebendige Ziele« zu sein. Zersetzende Moral, mangelnder Zusammenhalt und unprofessionelles Verhalten führen zunehmend zur Erosion des Kampfwillens.

Ukrainische Soldaten berichten dagegen deutlich positiver über ihre Einheiten. Trotz ständiger personeller Wechsel durch Verluste, Neubesetzungen und Rotationen entsteht ein starkes Gemeinschaftsgefühl zwischen den Soldaten. Das gemeinsame Ziel stellt die meisten internen Differenzen in den Hintergrund. Die Soldaten sind erschöpft, sie sind aber davon überzeugt, den Krieg zu Ende bringen zu müssen: »Wir müssen uns ausruhen, aber erst nach dem Krieg«. Sie ziehen Kraft aus der erfolgreichen taktischen Zusammenarbeit und dem professionellen Umgang innerhalb der eigenen sowie mit anderen Einheiten auf dem Schlachtfeld. Die Soldaten betonen, wie wichtig es ist, offen miteinander zu reden und sich auch über die eigene Einheit hinaus gegenseitig zu helfen. Trotz schwieriger Bedingungen entsteht so ein Gefühl des Zusammenhalts. Das gemeinsame Ziel, die Ukraine zu verteidigen, schweißt die Soldaten zusammen. Dies hilft ihnen, trotz schwieriger Missionen oder Fehlschlägen motiviert zu bleiben und die Moral hochzuhalten.

In 42 Interviews wurde der Grad der Motivation der Soldaten anhand ihres Enthusiasmus für den Krieg oder indirekt anhand ihrer Wortwahl ermittelt (siehe Grafik 4 auf S. 27). Auf russischer Seite ist ein breites Spektrum an Überzeugungen erkennbar, allerdings auch eine Tendenz zu schwacher Motivation. Wiederholt bringen die Soldaten Apathie, Unglaube, oder eine Abneigung, an der Front zu sein, zum Ausdruck. Einige der Soldaten mit schwacher Motivation haben sich zwar freiwillig für den Krieg gemeldet, berichten aber von einer raschen Desillusionierung. Ein Soldat würde sogar lieber an der Front sterben, als sein Dasein als Häftling in Russland zu fristen. Viele russische Soldaten ziehen allerdings aus Überzeugung in den Krieg, stellen jedoch offensichtlich nicht die Mehrheit dar. Einige motiviert der Patriotismus und das Gefühl von Kameradschaft. Soldaten, die aus tiefer Überzeugung kämpfen, sind mordlustig und wollen sich an den Ukrainern rächen. Sie unterstützen somit die imperialen Bestrebungen des Kremls.

In der russischen staatlichen Propaganda werden ukrainische Soldaten als demotiviert dargestellt. Einige ukrainische Soldaten erzählen aber auch westlichen Medien, dass sie trotz anfänglich hoher Motivation mittlerweile »genug haben« und zynisch geworden sind, weil Erfolge an der Front ausbleiben. Viele sind freiwillig in den Krieg gezogen. Auf ukrainischer Seite gibt es allerdings auch zahlreiche Menschen, die sich gegen eine Einberufung in die Armee wehren. Die meisten von ihnen sind davon überzeugt, dass ihre Teilnahme am Krieg wichtig ist und dass ihr Dienst für ihr Land sehr bedeutend ist. Dabei ist die Intensität dieser Überzeugung unterschiedlich stark ausgeprägt. Einige untermauern diese mit Pragmatismus, bei den meisten ukrainischen Soldaten sind jedoch Patriotismus und persönliche Gründe ausschlaggebend. Viele nennen ihre Heimat, die

Familie sowie die Freiheit und Zukunft des Landes als Beweggründe, sich den ukrainischen Streitkräften anzuschließen. Für die ukrainischen Soldaten ist ein Sieg alternativlos, denn »der Preis, den wir gezahlt haben, ist schon viel zu hoch, um jetzt einfach aufzugeben«.

Der wesentliche Unterschied besteht darin, dass überzeugte russische Soldaten den Angriffskrieg und die damit verbundene Gewalt befürworten, während ukrainische Soldaten der Schutz der Heimat motiviert. Mit der Dauer des Krieges tritt auf beiden Seiten Kriegsmüdigkeit auf, jedoch konnten wir ausgeprägte Apathie fast ausschließlich auf russischer Seite feststellen.

Neben der Intensität der Motivation der Soldaten können auch ihre Beweggründe betrachtet werden (siehe Grafik 5 auf S. 28). Niedrige Beweggründe sind beispielsweise gar keine Überzeugung oder Mordlust, Angst oder finanzielle Anreize. Als hohe Beweggründe stufen wir den Schutz der Familie, die Landesverteidigung oder ideologische Überzeugung ein.

Russische Soldaten führen durchgehend niedrige Beweggründe an, die Mehrzahl verorten wir im unteren Drittel der Skala. Einige Soldaten sind in den Kampf gezogen, ohne sich Gedanken über die Gründe gemacht zu haben oder berichten davon, dass ihnen jegliche Motivation fehle. Die Motivation anderer Soldaten leitet sich ebenfalls kaum aus Begeisterung für den Kampf ab, sie fürchten jedoch Bestrafung, Haft oder in finanzielle Notlage zu geraten. Einige russische Soldaten geben an, nicht vollständig über ihre Aufgaben aufgeklärt und von Rekrutierern belogen worden zu sein. Ein paar wenige nennen Loyalität gegenüber dem eigenen Land als Grund, was wir als Mittelwert einstufen. Gleichzeitig ist dieser Beweggrund aber meist mit Enttäuschung oder Desillusionierung von eben diesem Heimatland verbunden. Starke Motivation geht meist mit niedrigen Beweggründen einher, die auf ideologisiertem Hass gegenüber den Ukrainern oder Rachelust gründen. Lediglich in 10 von 42 Interviews stimmen die Werte für die Stärke der Motivation und die Beweggründe überein. Nur ein russischer Soldat nennt die Hoffnung auf einen persönlichen Neustart als einen Grund, warum er in den Krieg gezogen ist.

Die ukrainischen Soldaten führen mehrheitlich höhere Beweggründe an. Zu diesen Gründen gehört, die Verwandtschaft zu befreien, die Verteidigung der Heimat und der Familie, daran beteiligt zu sein, eine Wendepunkt in der Geschichte herbeizuführen oder eine friedliche Zukunft für die Kinder zu garantieren. Auch bei den ukrainischen Soldaten stimmen nur bei 11 Interviews die Werte für den Grad der Motivation und die Beweggründe überein. Dennoch ist der Unterschied nicht so groß wie bei den russischen Soldaten, bei vielen Interviews ist die Abweichung nur gering. Wenig verwunderlich ist, dass das Interview mit dem Wert 1 als niedrigstem Beweggrund von der russischen Staatsagentur TASS stammt. In



einem anderen Interview mit einem westlichen Medium berichtet ein ukrainischer Soldat, dass einige der jüngst eingezogenen Soldaten nicht mehr so patriotisch eingestellt sind wie noch zu Beginn des Krieges. Sie seien nur in der Armee gelandet, weil sie ihrer Einberufung nicht entgehen konnten. Insgesamt lässt sich jedoch festhalten, dass die Motivation und die Beweggründe der ukrainischen Soldaten in unserer Interviewstichprobe deutlich höher sind als die der russischen Soldaten.

### Fazit

Die Untersuchung der Soldatenperspektiven in Russlands Krieg gegen die Ukraine verdeutlicht die zentrale Rolle von Motivation, Führungskultur und Kohäsion im Militär. Wenn einzelne dieser Aspekte positiv bewertet werden, ist es wahrscheinlich, dass der Soldat insgesamt positiv auf den Dienst blickt.

Die vergleichende Analyse zeigt signifikante Unterschiede zwischen russischen und ukrainischen Soldaten, die sowohl auf den Kontext ihrer Einberufung als auch auf ihre persönlichen Beweggründe zurückzuführen sind. Während russische Soldaten in unserer nicht-repräsentativen Stichprobe überwiegend unter Zwang oder Täuschung mobilisiert wurden und niedrige Beweggründe vorbringen, die häufig von Apathie, Angst oder ideologisiertem Hass begleitet sind, dominiert bei ukrainischen Soldaten die freiwillige Teilnahme oder Akzeptanz der Einberufung, getragen von patriotischen, familiären und freiheitsorientierten Beweggründen. Dieser

qualitative Unterschied hat laut den untersuchten Interviews unmittelbaren Einfluss auf die Moral, den Zusammenhalt und die Professionalität der Einheiten.

Auch das Verhalten der Offiziere wirkt sich direkt auf die Motivation der Soldaten aus: Korruption, Willkür und taktische Fehlentscheidungen untergraben auf russischer Seite das Vertrauen und verstärken das Gefühl, entbehrlich zu sein. Demgegenüber fördern ukrainische Offiziere durch flachere Hierarchien, Empathie und Innovationsfreiräume eine kooperative Kultur, die zur Stärkung der Truppenmoral beiträgt. Für weitere Wellen der Mobilisierung oder die Rückkehr in das zivile Leben sind die Erfahrungen der Soldaten entscheidend: Sind die Erfahrungen bei Mobilisierung und im Einsatz stark negativ, gestalten sich folgende Mobilisierungswellen und die Rückkehr zur Truppe schwierig. Diese negativen Erfahrungen zeigen sich bei russischen Soldaten durchweg, bei ukrainischen Soldaten hingegen deutlich seltener.

Unsere Stichprobe aus den Jahren 2022 und 2023 zeigt, wie unterschiedliche Arten der Einberufung, Überzeugungen und Erfahrungen in der Einheit zu unterschiedlicher Wahrnehmung des Dienstes führen. Im späteren Kriegsverlauf kam es in beiden Ländern zu tiefgreifenden strukturellen Veränderungen bei der Rekrutierung von Soldaten. Dennoch treffen neu mobilisierte Soldaten auf die bisherigen Erfahrungen und Wahrnehmungen ihrer Kameraden.

*Anmerkung: Aus Platzgründen konnten nicht alle Quellen, die dieser Analyse zugrunde lagen, in der Bibliografie angegeben werden. Die vollständige Liste der Quellen kann auf Nachfrage von den Autoren zur Verfügung gestellt werden.*

### Über die Autoren

*Jannik Steinwender* promoviert an der Professur für Internationale Politik und transatlantische Beziehungen von Stephan Bierling zur Nutzung hybrider Mittel gegen Deutschland. Die Resilienz von Osteuropa und insbesondere der Ukraine stehen im Fokus des Promotionsprojekts. In der Hochschulgruppe für Außen- und Sicherheitspolitik arbeitet er zu Handelspolitik und asymmetrischen Bedrohungen.

*Elisba Iannucci-Laqua* ist Master-Studentin der Demokratiewissenschaft an der Universität Regensburg und hat sich auf internationale Politik spezialisiert, mit besonderem Fokus auf Mittel- und Osteuropa und die Kaukasusregion. Sie ist in der Hochschulgruppe für Außen- und Sicherheitspolitik sowie in der United Nations Society Regensburg aktiv. Außerdem arbeitet sie als studentische Hilfskraft im Arbeitsbereich Politik des Leibniz-Instituts für Ost- und Südosteuropaforschung.

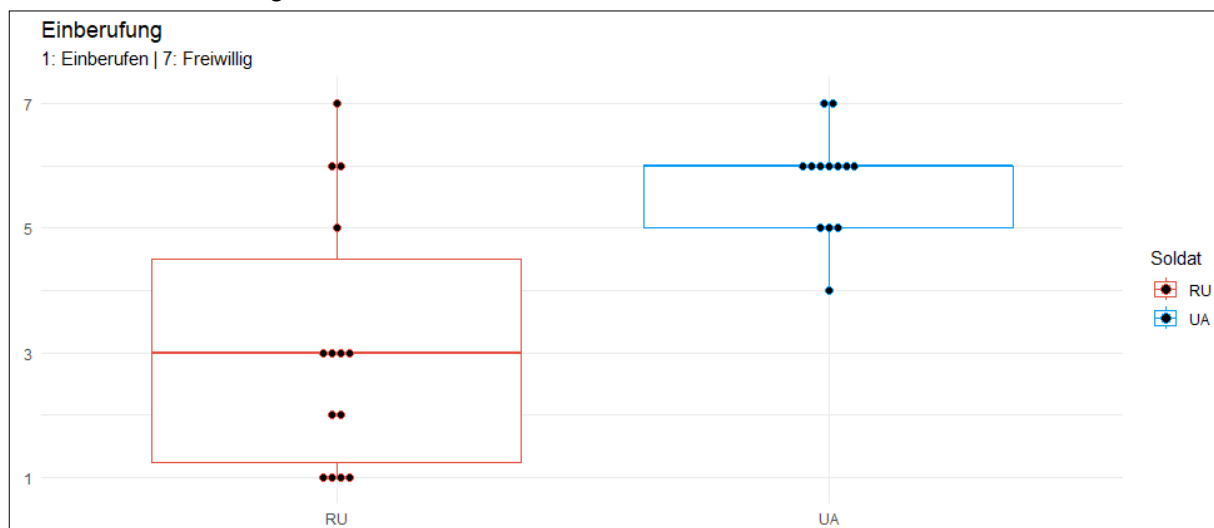
*Konstantin Drascek* studiert nach dem Abschluss des Bachelors in Politikwissenschaft an der Universität Regensburg und der American University in Washington DC Demokratiewissenschaften in Regensburg. Er hat den Fokus seines Studiums auf Außen- und Sicherheitspolitik gelegt und interessiert sich insbesondere für europäische Sicherheit, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung sowie die Rolle aufkommender Technologien in der Geopolitik.

### Lesetipps

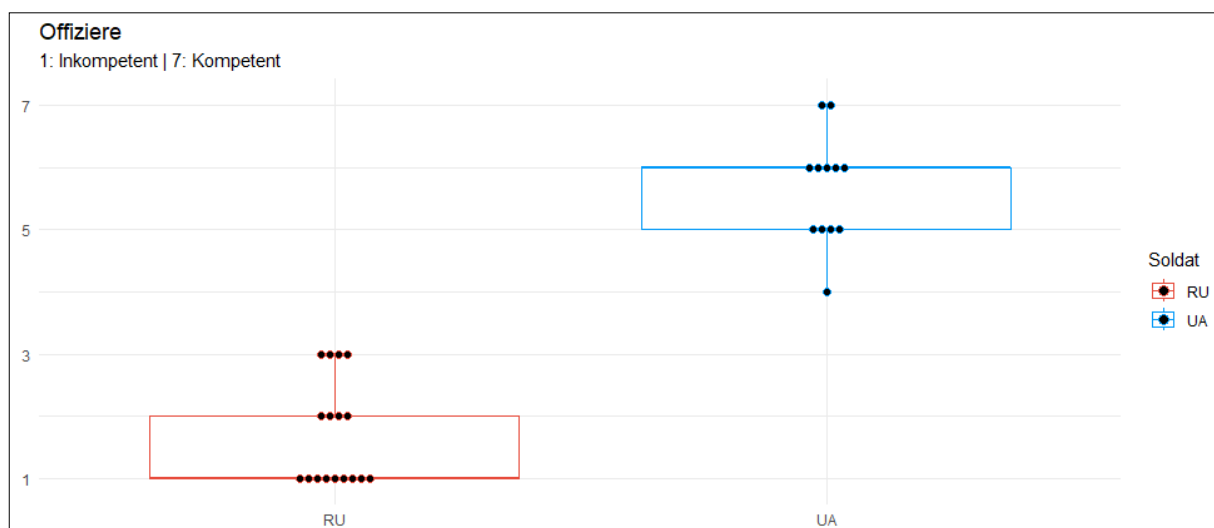
- Dörfler-Dierken (2024): Soldaten, Krieger und Kämpfer oder Staatsbürger in Uniform? In: Bundeswehr und Gesellschaft – Wahrnehmung im Wandel. Springer.
- Luxmoore (2025): 'Commanders Saw Us as Expendable': A Russian Soldier's View of the War. The Wall Street Journal. <https://www.wsj.com/world/europe/russian-soldiers-view-ukraine-war-749a0494>.

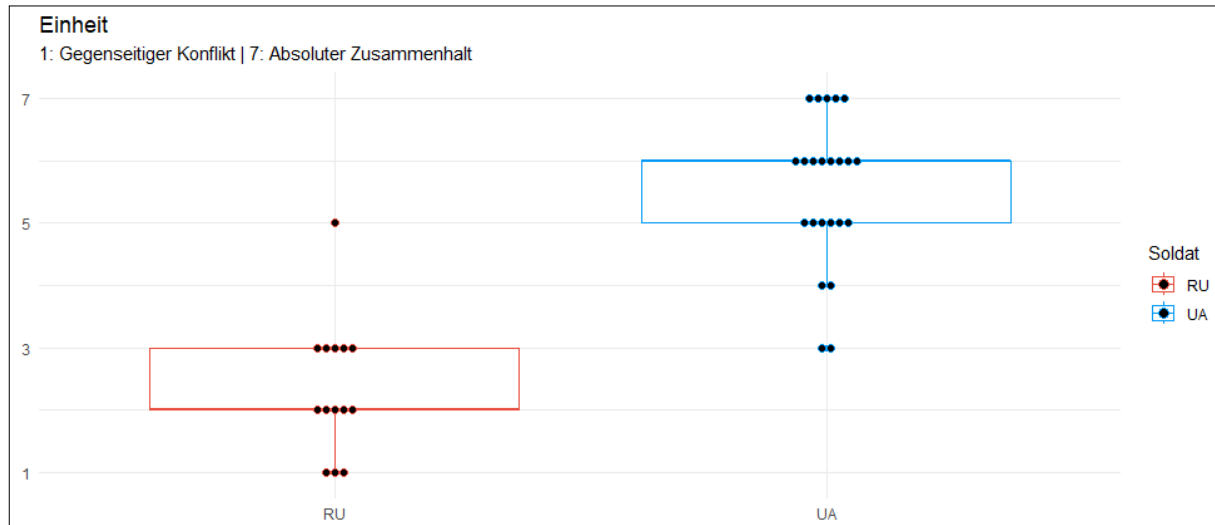
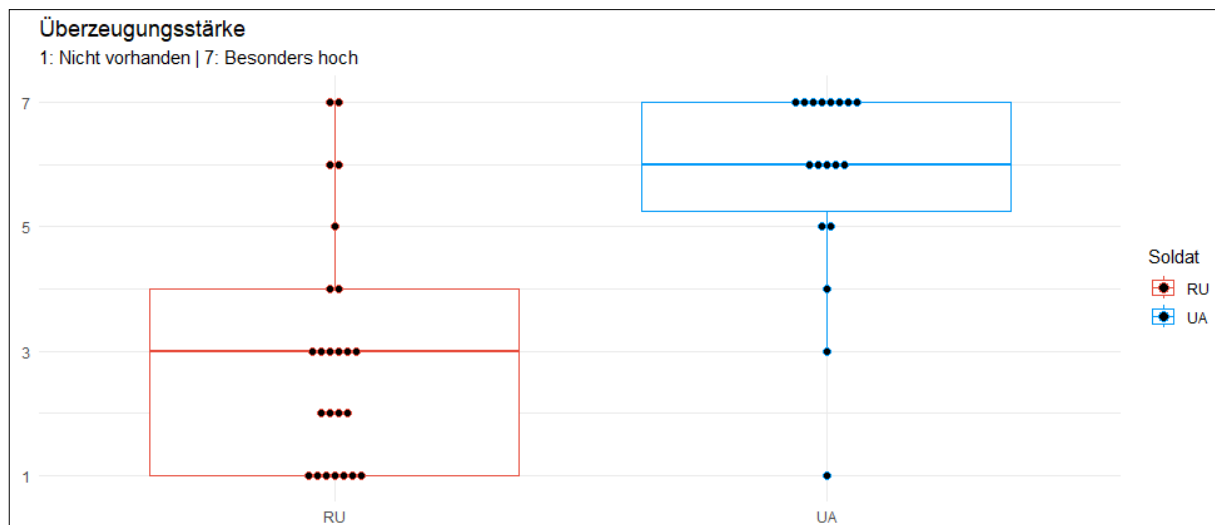
- Ourdan (2025): Three years of war seen by Ukrainian soldiers: ‘The world hasn’t seen a war like this for a long time’. *Le Monde*. [https://www.lemonde.fr/en/international/article/2025/02/25/three-years-of-war-seen-by-ukrainian-soldiers-the-world-hasn-t-seen-a-war-like-this-for-a-long-time\\_6738567\\_4.html](https://www.lemonde.fr/en/international/article/2025/02/25/three-years-of-war-seen-by-ukrainian-soldiers-the-world-hasn-t-seen-a-war-like-this-for-a-long-time_6738567_4.html).
- Philip (2025): How do Ukraine’s soldiers feel about Trump’s peace deal? *The Times*. <https://www.thetimes.com/world/russia-ukraine-war/article/ukraine-soldiers-trump-peace-deal-5ltm0w6fm>.
- Schlegel (2024): Mobilisation, Peacemaking and Deterrence in Ukraine. *International Crisis Group*. <https://www.crisisgroup.org/europe-central-asia/eastern-europe/ukraine/mobilisation-peacemaking-and-deterrence-ukraine>.
- Schwartz, Gorenburg (2024): Russian Military Mobilization During the Ukraine War. *Evolution, Methods, and Net Impact*. *Center for Naval Analysis*. <https://www.cna.org/analyses/2024/10/russian-military-mobilization-during-the-ukraine-war>.

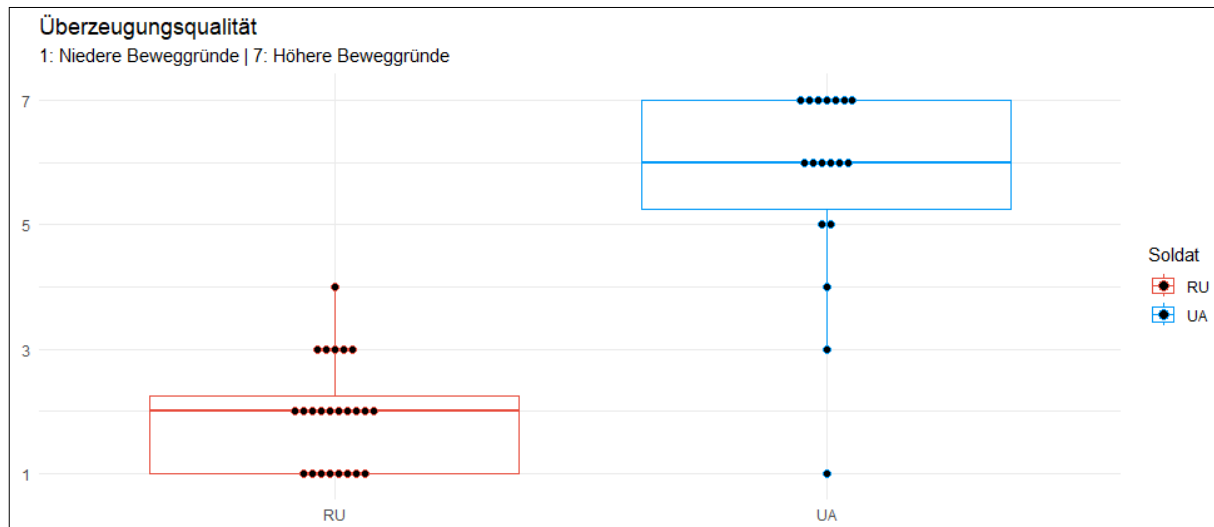
### Grafik 1: Einberufung



### Grafik 2: Offiziere



**Grafik 3: Zusammenhalt in der Einheit****Grafik 4: Stärke der Überzeugung**

**Grafik 5: Ausprägung der Überzeugungen****CHRONIK****Hinweis auf die Online-Chronik**

Der aktuelle Teil sowie die gesamte Chronik seit 2006 zur Ukraine befinden sich auf der Seite der Ukraine-Analysen (<http://www.laender-analysen.de/ukraine-analysen/>) unter dem Reiter »Chronik« oder direkt unter diesem Link <https://laender-analysen.de/ukraine-analysen/chronik?c=ukraine&i=1>. Sie wird regelmäßig um neue Einträge ergänzt und möglichst aktuell gehalten.

Leser:innen der Chronik und allen Interessierten empfehlen wir sowohl von den Filterfunktionen unserer Webseite als auch dem reichen Angebot der Chroniken zu Russland, Belarus und Polen Gebrauch zu machen, um z. B. Ereignisse wie dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine besser verfolgen zu können. Aktuell ist die Suche innerhalb der Chronik leider nur mit buchstabengenaue Stichworten möglich. Daher bitten wir alle Nutzer:innen auf die Schreibweise zu achten und ggf. mehrere Stichworte bei der Suche zu prüfen.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf frei im Internet zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Ukraine-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

*Die Redaktion der Ukraine-Analysen*

**Herausgeber:**

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen  
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.  
Deutsches Polen-Institut  
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien  
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung  
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

**Redaktion:**

Dr. Fabian Burkhardt (verantwortlich)  
Assistenz: Diana Mohr; Elisha Iannucci-Laqua  
Satz: Matthias Neumann

**Wissenschaftlicher Beirat:**

Dr. Kseniia Gatskova, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg  
Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg  
Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin  
Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg  
Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung ([www.bpb.de](http://www.bpb.de)) aufgenommen.  
ISSN 1862-555X © 2025 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut,  
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und  
internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Forschungsstelle Osteuropa · Länder-Analysen · Klagenfurter Str. 8 · 28359 Bremen · Telefon: +49 421-218-69600 · Telefax: +49 421-218-69607  
e-mail: [laender-analysen@uni-bremen.de](mailto:laender-analysen@uni-bremen.de) · Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>





## LÄNDER-ANALYSEN



# Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

## Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.  
Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

## Belarus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: sechs Mal pro Jahr  
Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/belarus-analytical-digest/newsletter-service-belarus-analytical-digest.html>

## Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich  
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

## Moldovan Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: vierteljährlich  
Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/moldovan-analytical-digest/newsletter-service-moldovan-analytical-digest.html>

## Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.  
Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

## Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.  
Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

## Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich  
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

## Ukrainian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich  
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/uad.html>

## Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.  
Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

## Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.  
Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>